I Z A COMPACT
Die Zukunft der Arbeit denken

www.iza.org

Juni 2015

Das Zeitalter des Humankapitalismus

Keine Angst vor der Zukunft der Arbeit

Die Welt der Arbeit steht wieder einmal vor einem fundamentalen Umbruch, der insbesondere durch die rasante Entwicklung digitaler Technologien geprägt sein wird. Der technologische Wandel wird oft als Bedrohung für existierende Arbeitsplätze angesehen, während die sich bietenden Chancen ebenso häufig aus dem Blick geraten.

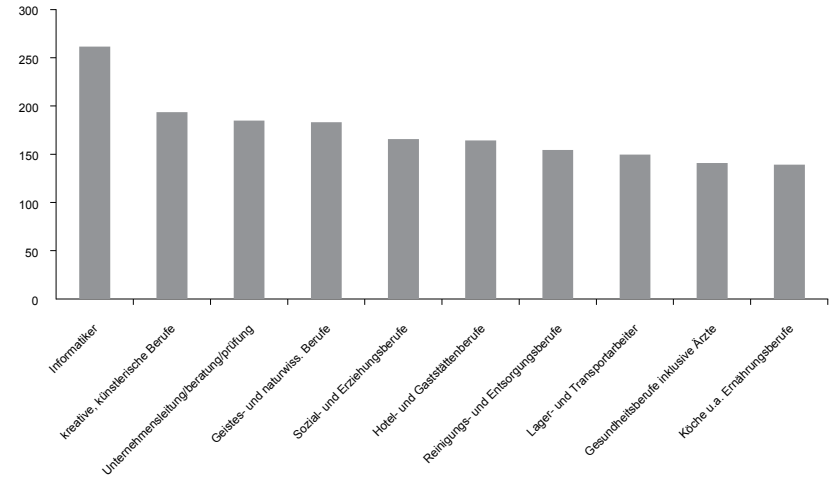
Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, die ja ihrerseits schon von tiefgreifenden strukturellen Veränderungen gekennzeichnet waren, zeigen, dass wir dem Wandel nicht „ausgeliefert" sind, sondern ihn aktiv gestalten können. Deutschland und andere Länder Europas demonstrieren das gegenwärtig mit einigem Erfolg.

Wesentliche Triebkräfte der Arbeitswelt waren und werden auch in Zukunft im Wesentlichen die folgenden sein:

1. Globalisierung
2. Technologischer Wandel
3. Institutionelle Veränderungen
4. Sozio-demografischer Wandel

Globalisierung bedeutet die verstärkte internationale Arbeitsteilung, eine Mobilität von Kapital, von Gütern und Dienstleistungen, aber auch von Menschen und Jobs – mehr Menschen nehmen an der globalen Produktion teil und suchen (und finden) eine Position in diesem wachsenden, zunehmend verbundenen Arbeitsmarktgefüge. Die Globalisierung ist seit mindestens 30 Jahren ein zentraler Faktor, ist jedoch über die Zeit zunehmend intensiver geworden. Ein Ende ist hier nicht erkennbar. Auch ist der Prozess einer weiteren internationalen Verflechtung tendenziell unumkehrbar, solange er weitere Gelegenheiten zur Verbesserung der Wettbewerbsposition von Unternehmen bzw. zur Suche nach Arbeit und Investitionsmöglichkeiten bietet. Für die entwickelten Industrieländer bedeutet die Globalisierung eine ständige Anpassung der Unternehmensstrategien und der Produktionsmodelle. Im Hinblick auf die Beschäftigung wirkt die Globalisierung keineswegs negativ, sondern trägt zur Stabilität und zum Wachstum von qualifizierten Tätigkeiten bei (Abbildung ▼). Allerdings geraten einfache Jobs unter Druck.

Die zehn wachstumsstärksten Berufsgruppen in Deutschland, 1993–2011 (1993=100)



Quelle: Mikrozensus, eigene Berechnungen.

IZA

» In dieser Ausgabe

IZA ANNUAL MIGRATION MEETING IN DAKAR, SENEGAL

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Flüchtlingskrise vor den Toren Europas fand das 12. IZA Annual Migration Meeting (AM^2) statt. Die Veranstaltung umfasste neben der Diskussion aktueller Forschungsergebnisse auch ein Expertenforum zur Rolle Europas bei der Entschärfung der Flüchtlingsproblematik. Zahlreiche afrikanische Fachleute nahmen an der Konferenz teil. Seite 5

LÁSZLÓ ANDOR IM IZA-INTERVIEW

Der ehemalige EU-Kommissar Andor nimmt im Gespräch mit IZA Compact Stellung zu Arbeitsmobilität, Jugendarbeitslosigkeit und Europamüdigkeit. Seite 10

UNGLEICHHEIT AUF DEM ARBEITSMARKT

Ein IZA-Workshop analysierte die Ursachen und Folgen der zunehmenden Ungleichheit und des Mangels an ökonomischer Mobilität auf den Arbeitsmärkten. Seite 13

MEINUNG: DIGITALE ARBEITSWELT

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann sieht große Chancen in der Dynamik des technischen Fortschritts und der Digitalisierung. Seite 16

IZA PRIZE 2015

Der diesjährige IZA Prize in Labor Economics wurde am 4. Juni 2015 in Bonn an den tschechisch-amerikanischen Ökonomen Jan Svejnar (Columbia University School of International Public Affairs) verliehen. Gewürdigt wurden damit seine fundamentalen Beiträge zur Analyse der Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe von IZA Compact.

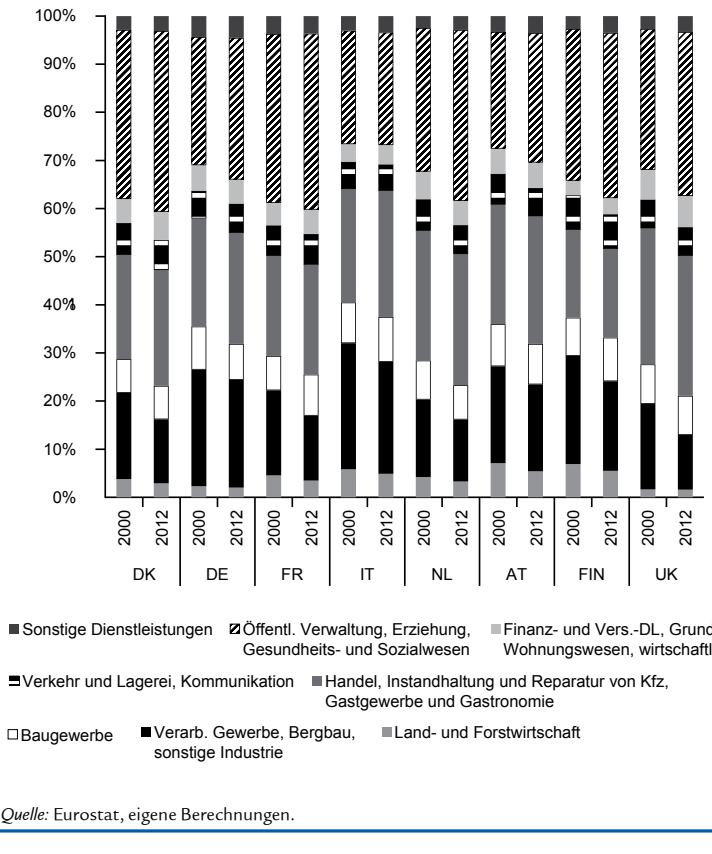
Technologischer Wandel bezeichnet einerseits die ständige, tendenziell zusehends beschleunigte Veränderung von bestehenden Arbeitsplätzen und Arbeitsprozessen. Andererseits bezieht er sich auf die Entwicklung neuer Güter, Dienstleistungen und Berufsbilder bei einem gleichzeitigen Rückgang oder Verschwinden etablierter Tätigkeitsfelder. Es lassen sich viele Beispiele aus den letzten Jahrzehnten finden, wo Branchen, Berufe und Unternehmen geschrumpft oder untergegangen sind und durch Neues verdrängt wurden – man denke nur an Landwirtschaft, Bergbau, Stahlindustrie und viele traditionelle Handwerkszweige. An deren Stelle sind neue Wirtschaftsbereiche und Berufe getreten. Dieser Prozess wird weitergehen, vor allem getrieben durch technologische Innovationen im IT-Bereich, verbunden mit intensiver globaler Vernetzung von Produktionsnetzwerken. Es sind in näherer Zukunft jene Berufsbilder bedroht, die sich leicht weltweit auslagern oder automatisieren lassen, die also in Algorithmen abgebildet und damit programmiert werden können. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtern dabei wiederum die internationale Arbeitsteilung.

Institutionelle Veränderungen beschreiben vor allem die gewachsene Flexibilität des Arbeitsmarktes, etwa bei den sogenannten atypischen Arbeitsverhältnissen wie befristeten Arbeitsverträgen, Zeitarbeit oder Minijobs, sowie die wachsende Flexibilisierung der Tarifverträge bei Arbeitszeit und Entlohnung. Weiterhin beinhalten institutionelle Veränderungen auch den Wandel innerbetrieblicher Strukturen in Richtung projektartiger, effizienterer Arbeitsorganisation. Diese neuen Arbeitsformen sind für viele Beschäftigte längst prägend geworden, und es wird auch in Zukunft weitere Veränderungen geben, die auf den ersten Blick „problematisch“ oder zumindest gewöhnungsbedürftig erscheinen (beispielsweise mehr Selbstständigkeit, multiple Jobs und Arbeit auf Abruf).

Der *sozio-demografische Wandel* zeigt sich in einer alternden und schrumpfenden Erwerbsbevölkerung, der wachsenden Erwerbsintegration der Frauen, einem längeren Erwerbsleben und vermehrter Zuwanderung. Aber nicht nur das Angebot an Arbeitskräften, auch die Nachfrage verändert sich, etwa in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung und Bildung.

Was bedeuten diese Trends für die absehbare Zukunft? Exakte Prognosen für einzelne Berufe sind naturgemäß nicht seriös möglich, dazu ist die Zukunft zu offen, aber einige wesentliche Entwicklungslinien sind klar erkennbar.

Beschäftigungsanteile einzelner Sektoren in Europa



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

IZA

Die Erwerbsarbeit als Mechanismus der wirtschaftlichen Produktion und gesellschaftlichen Integration hat alle Veränderungsprozesse der Vergangenheit insgesamt bemerkenswert robust absolviert und sich dabei – entgegen vieler Mutmaßungen, die an die heutigen, skeptischen Stimmen erinnern – stets sehr wandlungsfähig gezeigt (Abbildung ▲). Es gibt deshalb keinen Grund, anzunehmen, dies könne in Zukunft anders sein. Für Negativszenarien besteht kein Anlass.

Fraglos aber werden Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit noch wichtiger als bislang – es gibt gewissermaßen eine Prämie auf Schnelligkeit, Kreativität und die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen. Dies gilt sowohl für die Verbindung von etablierten und neuartigen Techniken als auch für stark personalisierte, individualisierte Erzeugnisse und Dienstleistungen.

Die Arbeitsorganisation wird flexibler, projektartiger organisiert sein, und Unternehmensgrenzen werden durchlässiger für externe Projektbeteiligte im In- und Ausland. Die technischen Möglichkeiten treiben dies ebenso voran wie die Anforderungen an kreative, produktive Zusammenarbeit und die Suche nach Effizienzreserven. Damit geht tendenziell eine Verlagerung von unternehmerischen Risiken auf Erwerbstätige bzw. Beschäftigte einher, die auch als Mit-Unternehmer gefragt sind. Dies bietet auch erhebliche Spielräume für individuell passende Arbeitsmodelle.

Bezahlte Erwerbsarbeit geht - nach allem was wir derzeit absehen können - nicht aus, aber der Arbeitsmarkt der Zukunft wird anders aussehen. Viele Routinetätigkeiten geraten unter Druck, insbesondere

- einfachere industrielle Produktion, die bereits in der Vergangenheit oft rationalisiert oder verlagert worden ist, aber auch bestimmte traditionelle Handwerke, z.B. im Ernährungsbereich;
- stark routinelastige Bürotätigkeiten, z.B. bei Banken, Versicherungen und Verwaltungen;
- mittelfristig vielleicht auch anspruchsvollere Tätigkeiten, sofern sie sich durch intelligente Maschinen (Programme) ausführen lassen.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird dominiert von Tätigkeiten und Berufsfeldern, bei denen menschliche Kreativität, Analyse, Kommunikation und Interaktion zentral sind. Hierzu zählen beispielsweise:

1. Forschung und Entwicklung
2. Bildung
3. Unternehmensleitung
4. Unternehmensberatung
5. Marketing
6. Medien und IT

7. Gesundheit, Pflege, Therapie
8. Wellness, Tourismus, Gastronomie
9. Dienstleistungen für private Haushalte, Lieferdienste etc.
10. Individuell gefertigte Handwerksprodukte

Die Berufsfelder mit großen Potenzialen sind zum überwiegenden Teil Tätigkeiten mit einem starken „Human Touch", da sie im Wesentlichen von der Qualifikation, Motivation, Professionalität und Kommunikation der Menschen abhängen und von ihnen geprägt werden, auch im Hinblick auf Originalität, eigene Handschrift und nicht standardisierte Arbeitsinhalte. In bestimmten Bereichen sind auch arbeitssparende technologische Fortschritte erkennbar (z.B. eLearning, Fern-Diagnostik und -Therapie, technische Assistenz in der Pflege, fahrerlose Züge und Lastwagen, Paketlieferung mit Drohnen).

Jedoch werden viele Berufe auch weiterhin überwiegend menschlicher Arbeit vorbehalten bleiben. Gleichzeitig sind viele dieser Berufe nach wie vor lokal gebunden oder sie profitieren von realen lokalen oder regionalen Clustern von Bildung, Forschung und Unternehmen. Leistungsanforderungen können aber auch zu einer „Industrialisierung" der Kreativität und einer stärkeren Vereinnahmung des Individuums, einem stärkeren Zugriff auf individuelle Erfindungskraft und Mitarbeitsbereitschaft führen. Die Arbeitswelt der Zukunft ist also potenziell mehr von den Menschen geprägt. Das Humankapital zählt. Von daher kann man den Arbeitsmarkt der Zukunft auch als „Humankapitalismus" bezeichnen – was aber nicht heißt, dass es automatisch „menschlicher" zugehen wird. Immerhin sind die Bereiche, bei denen es auf individuelle Faktoren ankommt, in Zukunft aller Voraussicht nach größer und essentieller. Der „Human Touch" muss aber nicht nur positiv sein, sondern kann neue Anforderungen oder Zumutungen hervorbringen.

Diese Wandlungstendenzen sind keine prinzipiell neuartigen Entwicklungen, die über Nacht geschehen – sie schlagen sich auch nicht sofort und überall nieder, prägen aber die Entwicklung der Erwerbsarbeit auf absehbare Zeit in Fortschreibung langfristiger struktureller Veränderungen.

Im Bezug auf Erwerbsformen und Gruppen von Erwerbstätigen wird der Arbeitsmarkt insgesamt bunter werden:

- Die Diversität der Erwerbstätigen wird wachsen, und zwar durch Zuwanderung, eine langfristig wachsende Frauenerwerbstätigkeit und die über kurz oder lang steigende Erwerbsbeteiligung im höheren Lebensalter.
- Bei den Erwerbsformen werden weiterhin Phänomene wie Zeitarbeit, befristete Mitarbeit, Werkverträge, Nebenjobs, multiple, hybride Formen, Freelancer, Arbeit auf Abruf, auch Nebenjobs tendenziell wachsende Bedeutung erlangen, ebenso Arbeit zu atypischen Arbeitszeiten und flexiblere Entlohnungsmodelle.

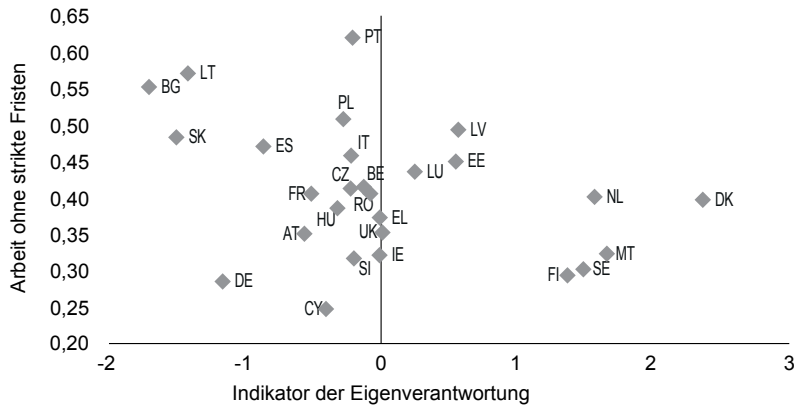
Wettbewerb und Marktposition sind zentral für die Qualität der individuellen Arbeitsbedingungen, denn diese hängen stark von Angebot und Nachfrage nach bestimmten Qualifikationen ab. Innerhalb eines flexiblen Arbeitsmarktes ergeben sich dann sehr unterschiedliche Erwerbsformen und Entlohnungsniveaus. Im „Humankapitalismus" wirkt sich das „verwertbare" Humankapital entsprechend aus. Das Normalarbeitsverhältnis – dauerhafte Direktanstellung in Vollzeit – ist trotz aller Abgesänge noch nicht ausgestorben und es wird vermutlich auch in absehbarer Zukunft nicht aussterben. Es wird eher auch weiterhin vorherrschend sein, gerade dort, wo es auf eine langfristige Zusammenarbeit und spezifische Qualifikationen ankommt.

Doch es wird ergänzt durch andere Arrangements vor allem in Bereichen, wo Arbeitskräfte eher ersetzbar sein werden und wo mehr Risiken auf die Erwerbstätigen verlagert werden. Triebkräfte in diesem Bereich sind auch digitale Plattformen, die Nachfrager und Anbieter von Tätigkeiten zusammenbringen. Zu sehen ist dies etwa im Taxigewerbe durch auf den Markt drängende Firmen wie Uber. Die vertikale und horizontale Integration dieser oft fragmentierten Märkte bringt nicht nur Effizienzgewinne mit sich, sondern erleichtert auch die Eintrittsbedingungen für Anbieter, die sich hohen Flexibilitätsanforderungen unterwerfen.

Gleichzeitig nimmt für viele Beschäftigte die Arbeitsintensität zu (auch wenn es nach wie vor auch diverse organisatorische Routinen und Leerläufe gibt), auch in Verbindung mit neuen Steuerungs- und Berichtsmodellen, Überwachungs- und Anreizsystemen (Abbildung ▼). Eine zunehmende Arbeitsintensität beinhaltet mehr Beschleunigung und Verdichtung, höhere Anforderungen an die zeitliche und räumliche Erreichbarkeit und in letzter Konsequenz einen stärkeren Zugriff auf das Individuum. Das kann aber auf Dauer nicht einseitig funktionieren. Zentrale Herausforderung für die Zukunft ist deshalb die Vereinbarkeit von betrieblicher Produktivität und den Bedürfnissen der Beschäftigten.

Technologische Innovationen werden sich unaufhaltsam durchsetzen. Mit Blick auf die Arbeitsorganisation sind sie durchaus ambivalent zu sehen, bieten sie doch einerseits Möglichkeiten (etwa mobiles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Privatem, neue, potenziell interessante und reizvolle Tätigkeitsfelder), aber andererseits auch neue Zumutungen (Erreichbarkeit, Beschleunigung der Arbeit, neue Formen der Kontrolle). Es kommt auf die Gestaltung und Handhabung an. Der „Humankapitalismus" kann mehr oder weniger „human" sein. Die digitalen Technologien ändern letztlich nichts an den Gestaltungsanforderungen für Unternehmen und Beschäftigte. Es wird in Zukunft noch mehr auf menschliche Interaktion, Kommunikation und Kreativität ankommen, und dabei werden unweigerlich auch individuelle Produktivität, Bedürfnisse, Belastungen und Befindlichkeiten eine größere Rolle spielen als heute.

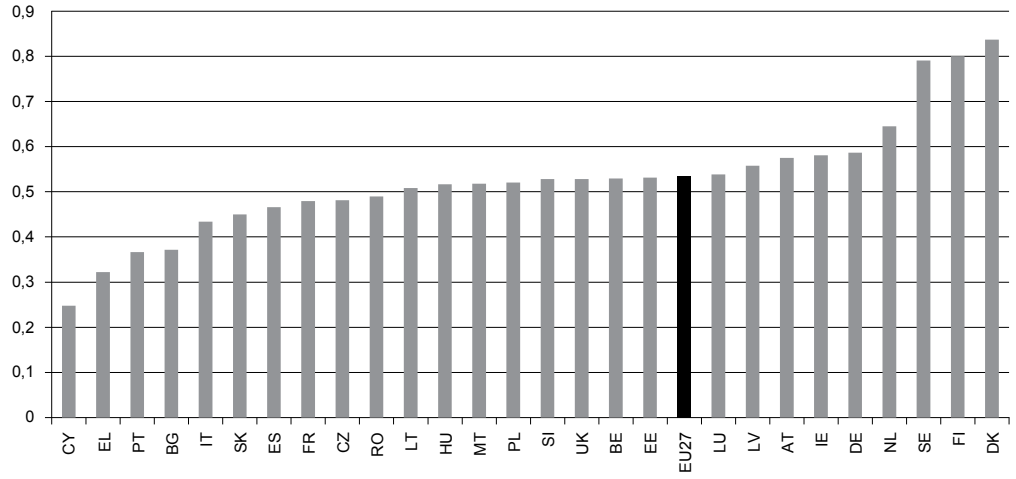
Arbeitsintensität und Eigenverantwortung



Quelle: Europäische Kommission, 2014.

Aus der Forschung ist bekannt, dass höhere Ansprüche an Arbeit – etwa im Bereich des Lösens komplexerer Aufgaben – dann mit hohem Engagement und Arbeitszufriedenheit einher geht, wenn entsprechende Handlungsfähigkeit und Autonomie gegeben ist. Ansonsten führt dies zu Überlastung und Stress, auf mittlere Sicht auch zu Einschränkungen der Leistungsfähigkeit, bis hin zu chronischen Krankheiten und Erwerbsunfähigkeit aufgrund psychischer Probleme. Zukunftsträchtig sind deshalb Arbeitsmodelle, die Autonomie und Selbstständigkeit – innerhalb eines betrieblichen Zielsystems – auf der Ebene der Einzelnen und von Arbeitsgruppen fördern. Weitgehend selbst gesteuerte Bearbeitung von Aufgaben setzt entsprechende Freiräume und Vertrauen, aber auch angemessene Kenntnisse und Professionalität voraus. Es geht also um den Übergang vom Status des Vorgesetzten und Untergebenen zu einem Umgang auf Augenhöhe. Starre Vorgaben und Kontrollpflichten sind damit schwer vereinbar. Sie sind aber noch oft anzutreffen. Im internationalen Vergleich ist Deutschland hier nicht führend, nach wie vor dominieren oft hierarchische Führungsmodelle mit zu geringen Entscheidungsspielräumen, sodass die hohe Arbeitsintensität eher mit Stress verbunden ist (Abbildung ▲).

Wo Teammitglieder selbst über die Aufgabenteilung entscheiden, in %



Quelle: Europäische Kommission, 2014.

IZA

Wichtige Punkte für ein funktionierendes Arbeitsmodell, das gleichzeitig produktiv und mit individueller Arbeitszufriedenheit vereinbar ist, sind:

- Vertrauensbeziehungen als Grundlage für faire Vereinbarungen;
- Realistische Ziele und ein angemessenes Verhältnis von Arbeitseinsatz und Ertrag;
- Eigenständige Bestimmung der Lage der Arbeitszeiten und des Arbeitsortes nach Vereinbarung;
- Akzeptierte Zeiten des Nichtarbeitens und der Nichterreichbarkeit;
- Systematische Aus- und Weiterbildung;
- Berufliche Weiterentwicklung: „job enrichment" statt klassischer hierarchischer Karriere, Expertenstatus und wechselnde Hierarchien.

Die Rolle der Politik ist vielfältig, auch wenn sie die Zukunft der Arbeit natürlich nur mittelbar beeinflussen kann. Allerdings ist es durchaus möglich, günstige Rahmenbedingungen zu setzen:

1. Soziale Investitionen in öffentliche Dienstleistungen gerade im Bereich der Aus- und Weiterbildung, der Forschung, der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Unterstützung des Strukturwandels und im Bereich der Gesundheit, Pflege und Betreuung – diese Leistungen des Staates erlauben Teilhabe am Erwerbsleben und erhöhen Produktivität sowie Arbeits- und Lebensqualität, sind also wichtige Faktoren auch im Wettbewerb.
2. Ein angemessener und fairer Rahmen für die verschiedenen Erwerbsformen – das bedeutet die Vermeidung extremer Ungleichheiten und Ungleichbehandlung etwa im Bereich der Entlohnung. Ein solcher Rahmen muss aber auch die Offenheit des Erwerbssystems für verschiedene Gruppen von Erwerbstätigen, für neue Unternehmen und Berufe sicherstellen und Übergänge zwischen Erwerbsformen erleichtern.

Die Unternehmen stehen vor der Herausforderung, geeignete Geschäfts- und Beschäftigungsmodelle in ihrem jeweiligen Wettbewerbsumfeld zu finden und zu entwickeln. Dabei gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Alternativen:

- Wettbewerbsfähigkeit über Kosten bei eher standardisierten Angeboten von Gütern und Dienstleistungen, mit entsprechend strikten und flexiblen Arbeitsumgebungen, womöglich auch zu Lasten der Qualität und der Beschäftigten, deren Bedürfnisse und langfristige Beschäftigungsfähigkeit eher von nachrangiger Bedeutung sind (Verschleiß von Arbeitskräften).
- Wettbewerbsfähigkeit über bessere Qualität der Produkte und Dienstleistungen – dies setzt jedoch auch eine bessere Qualität der Arbeit selbst voraus. Das kann einerseits ein Modell der Personalpolitik sein, das eine langfristige produktive Beschäftigung anstrebt. Dazu gehört eine gedeihliche Bindung von Fachkräften – dies bedeutet aber nicht vollständige Vereinnahmung, sondern auch Respekt vor dem Einzelnen. Es kann sich jedoch auch um flexiblere, punktuellere Kooperationen in wechselnden Konstellationen handeln, je nach den Anforderungen des Geschäftsmodells.

Vermutlich werden wir in der absehbaren Zukunft verschiedene Arbeitswelten nebeneinander und in ständiger Veränderung sehen. Die Spielräume für eine positive Gestaltung sind jedoch erheblich, und eine gute Qualität der Arbeit wird auch in einem solchen Kontext immer ökonomisch sinnvoll sein.

Dieser Beitrag basiert auf:

Werner Eichhorst
Müssen wir vor der Zukunft der Arbeit Angst haben?
IZA Standpunkte Nr. 81, 2015

▶ http://ftp.iza.org/sp81.pdf

Weiterführende Literatur

Werner Eichhorst, Florian Buhlmann
Die Zukunft der Arbeit und der Wandel der Arbeitswelt
Wirtschaftspolitische Blätter, 62(1): 131-148 (2015)

Werner Eichhorst, Verena Tobsch
Flexible Arbeitswelten. Bericht im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung an die Expertenkommission „Arbeits- und Lebensperspektiven in Deutschland"
IZA Research Report 59 (2014)

Den Ursachen für Flucht und Wanderung auf der Spur

IZA Annual Migration Meeting in Dakar, Senegal

Unter Leitung von IZA-Programmdirektorin *Amelie Constant* (George Washington University, Temple University) fanden die zwölfte Jahreskonferenz des IZA-Forschungsschwerpunkts Migration und weitere thematische Veranstaltungen des IZA vom 19. bis 25. April in Dakar, Senegal statt. Mitveranstalter waren das Consortium pour la recherche économique et sociale (CRES) und die Cheikh Anta Diop University of Dakar.

Information aus erster Hand über Fluchtursachen

Bestandteil des umfangreichen Arbeitsprogramms der Konferenz war auch eine intensive Information über Migrationsursachen und Wanderungsmotive vor Ort. Senegal sieht sich seit langer Zeit mit einer Vielzahl von Wanderungsphänomenen konfrontiert und ist Sende-, Ziel- und Transitland von Migranten zugleich. „Der tragische Tod zahlloser afrikanischer Flüchtlinge auf dem Mittelmeer unterstreicht die Dringlichkeit von politischen Antworten gerade auch auf europäischer Ebene“, betonten Constant und CRES-Direktor *Abdoulaye Diagne* in ihren Eröffnungsansprachen.

Graziella Bertocchi

Die 400 Jahre des von Westafrika ausgehenden Sklavenhandels haben bis heute negative Folgen für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung der Region und sorgt für Emigrationsanreize. Darauf wies *Graziella Bertocchi* (University of Modena and Reggio Emilia und IZA) in ihrer „Julian Simon Lecture“ hin, in der sie einen Überblick zu den historischen Anfängen des Sklavenhandels in Afrika und dessen Konsequenzen für die heutige wirtschaftliche und soziale Entwicklung gab. Bis heute zeigen sich ihren Analysen zufolge die Auswirkungen des Sklavenhandels im Fehlen ausgeprägter nationaler Identitäten und mangelnder sozialer Kohäsion in vielen afrikanischen Gesellschaften, was immer wieder zu schweren Konflikten zwischen den Ländern führte. Zu wenig wird laut Bertocchi auch der Umstand beachtet, dass der Exodus von Millionen überwiegend männlicher Sklaven ein eklatantes Geschlechterungleichgewicht hervorgerufen und Polygamie – und in der Folge in den 1980er Jahren die Verbreitung von HIV – begünstigt habe.

Auf der Ile de Gorée, die einer der wichtigsten Ausgangspunkte für den Sklavenhandel aus Westafrika war, wurde den Konferenzteilnehmern ein Eindruck von den Bedingungen vermittelt, die Sklaven ertragen mussten, bevor sie durch das „Tor ohne Wiederkehr“ gingen und per Schiff nach Amerika gebracht wurden. Eine weitere Exkursion führte die Teilnehmer nach St. Louis, in die ehemaligen Hauptstadt Senegals in der französischen Kolonialzeit und und führte ihnen die harte Realität der Migrationswilligen und Bootsflüchtlingen vor Augen. Ärmere Gebiete von St. Louis gehören heute zu den wichtigsten Ausgangspunkten für senegalesische Emigranten. Vor Ort bestand durch Vermittlung einer Emigrantenorganisation die Gelegenheit zum Gespräch mit gescheiterten Migranten, die in Spanien als Flüchtlinge angekommen waren und schließlich nach Senegal zurückgeschickt wurden. Trotz teils schlimmer Erfahrungen bis hin zu Todesfällen unter Familienmitgliedern auf dem dem Weg nach Europa bekundeten sie fast ausnahmslos ihren Willen, bei nächster Gelegenheit erneut einen Versuch zu wagen, über Gran Canaria nach Europa zu gelangen, um der Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat zu entkommen.

Der Rektor der örtlichen Grundschule und einige seiner Schüler schilderten die bedrückende Alltagsrealität und den Umstand, dass sich viele Familien den Schulbesuch ihrer Kinder nicht leisten könnten. Den Lehrern falle es schwer, Hoffnung zu vermitteln. Andererseits würden Geldsendungen von erfolgreichen Migranten dazu beitragen, dass Schulen weiterhin erhalten blieben. Damit würde sich die Ausbildung verbessern und der Lebensstandard vieler Familien in der Gemeinde steigen, so dass einer Abwanderung vorgebeugt werde.

Die ökonomische Bedeutung von Geldrücksendungen

Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Afrikas sind Geldsendungen von Migranten nach wissenschaftlichen Untersuchungen in der Tat oft eine wichtige ökonomische Grundlage. In Senegal etwa stellen sie gar zehn Prozent des BIP dar, womit unter anderem Schulen und Krankenhäuser finanziert werden (siehe Interview mit Mamadou Dansokho, Seite 8). Mehrere im Konferenzverlauf präsentierte Forschungsarbeiten widmeten sich dieser Thematik. *Fatou Cissé* (CRES) analysierte, wie Geldsendungen die Zeitverwendung von von Eltern bei der Kinderbetreuung beeinflussen. Sie verglich dabei Haushalte mit und ohne verfügbare Geldsendungen, und nahm dabei sowohl den Zeitpunkt vor wie auch nach einer Geldsendung in den Blick. Dabei zeigte sich, dass die Geldtransfers die schulische Ausbildung von Jungen, nicht aber die von Mädchen positiv beeinflussten. Auch ging die Kinderarbeit im Haushalt bei benachteiligten Kindern zurück.

Linguère Mbaye (IZA) beschäftigte sich mit den Auswirkungen von Geldrücksendungen auf Kreditmärkte in ländlichen Gegenden. Geldsendungen können die Nachfrage von Familien nach Darlehen sowohl reduzieren als auch stärken. In der Praxis benötigen einerseits Familien, die Geldsendungen erhalten, weniger Darlehen und können diese vielmehr durch die Transfers ersetzen. Andererseits tritt ein zweiter Effekt ein: Die Verfügbarkeit von Geldsendungen steigert die Kreditwürdigkeit der Familien, so dass die Wahrscheinlichkeit steigt, ein Darlehen zu erhalten.

Einen genaueren Blick auf die Determinanten von Geldsendungen warf *Maëlan Le Goff* (Banque de France). Anhand einer Stichprobe von Immigranten in Italien konnte sie einen wichtigen Geschlechterunterschied feststellen: Weibliche Migranten senden nicht nur generell mehr Geld in ihr Herkunftsland, sondern insbesondere dann, wenn dort die Diskriminierung von Frauen besonders ausgeprägt ist. *Alpaslan Akay* (University of Gothenburg und IZA) zeigte am Beispiel der Land-Stadt-Migration in China Zusammenhänge von Geldsendungen und individuellem Wohlbefinden auf. So scheint die Lebenszufriedenheit in den stark von Abwanderung

betroffenen Regionen dann beeinträchtigt, wenn der Wohlstand der Nachbarn als höher erachtet wird. Umgekehrt ist das Wohlbefinden der gleichen Haushalte offenbar dann höher, wenn ein Nachbar Geldsendungen erhält und dies als ein lokales Signal der Hoffnung interpretiert werden kann.

Rückwanderung ist ebenfalls ein Faktor, der die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung beeinflusst. Oftmals kehren Migranten in ihre Heimatländer mit neuen Fähigkeiten und Ideen zurück, die höchst vorteilhaft sein können. *Sandrine Mesplé-Somps* (IRD-DIAL) untersuchte den Einfluss von Rückwanderung auf soziale Normen am Beispiel der weiblichen Genitalverstümmelung (WGS). Sie zeigte, dass Städte in Mali, in die Migranten aus Europa zurückkehrten, weniger Fälle von WGS aufwiesen als solche Städte, deren Migranten hauptsächlich aus anderen afrikanischen Länder rückwanderten.

Überraschende Ergebnisse lieferte *Paolo Abarcars* (University of Michigan) Studie zum Arbeitsmarkterfolg zurückkehrender Migranten. In einem Feldexperiment auf den Philippinen verschickte er 8.000 fiktive Bewerbungen. Er randomisierte die Information, ob die Person ein Rückwanderer oder nie zuvor migriert war und verglich schließlich die Häufigkeit von positiven Arbeitgeberrückmeldungen zwischen beiden Gruppen. Rückwanderer hatten demnach eine signifikant geringere Antwortrate als die Vergleichsgruppe. Dies könnte darauf hindeuten, dass Rückwanderer auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Der Einfluss von Selbstselektionsmechanismen

Die Ziellandentscheidungen angehender Migranten bieten einen wichtigen Anhaltspunkt, um deren wirtschaftlichen Erfolg und ihre „Selbstselektion" besser zu verstehen. *Matthias Parey* (University of Essex und IZA) lieferte hierzu neue Erkenntnisse, die das Roy-Modell der Migration bestätigen: Offenbar zieht es die besten Absolventen einer Alterskohorte tendenziell in Länder mit hoher Einkommensungleichheit, während andere Absolventen eher zu Zielländern mit größerer Lohngleichheit tendieren.

Gilles Spielvogel (Université Paris 1) erörterte ebenfalls Aspekte der Selbstselektion von Migranten und zog dazu Daten zur Aus- und Einwanderung in Südamerika heran. Auf diese Weise verdeutlichte er, dass verallgemeinernde Theorien zur Selbstselektion unter Migranten die Wirklichkeit nicht richtig abbilden. So weisen die Auswanderung in andere südamerikanische Länder und die Emigration in Staaten außerhalb Südamerikas sehr unterschiedliche Merkmale auf. Wenn beide Strömungen gemeinsam analysiert werden, heben sich die Faktoren jedoch gegenseitig.

Alle hochentwickelten Länder legen mit ihrer Migrationspolitik Regeln für die legale Zuwanderung und den Ungang mit illegaler Migration fest. Eine solche Politik stellt beispielsweise „E-Verify" in den USA dar. Es handelt sich um ein Gesetz, das von den Arbeitgebern verlangt, die Rechtsstellung der Arbeitsmigranten selbst zu überprüfen, statt dies an den Staat zu delegieren. *Madeline Zavodny* (Agnes Scott College und IZA) nutzte die schrittweise Umsetzung von E-Verify in den einzelnen US-Bundesstaaten, um zu analysieren, ob sie die Standortwahl illegaler Einwanderer zu dieser Zeit beeinflusste. Tatsächlich war dies offenbar der Fall: Staaten, die das Gesetz einführten, verzeichneten einen raschen Rückgang der illegalen Einwanderung.

Auswirkungen von migrationspolitischen Entscheidungen

Auswahl- und Quotensysteme oder Regelungen zu Mindestqualifikation und Mindesteinkommen sind nur einige der möglichen Migrationsgesetzgebungen. Empirisch solide belegte Aussagen über ihre Wirksamkeit sind jedoch in der Regel nicht ohne weiteres möglich, weil die Staaten durchweg nur eine Politik verfolgen, so dass die möglichen Effekte einer anderen Politik unbekannt bleiben. *Mette Foged* (Universität Kopenhagen) machte sich die Tatsache zu Nutze, dass Dänemark zeitweise gleich über drei unterschiedliche Programme für die Genehmigung der Arbeitsaufnahme von Migranten verfügte und verglich die Auswirkungen der einzelnen Regelungen auf die Arbeitsmarktleistung von Migranten. Das Punktesystem schnitt dabei schlechter ab als erwartet, während sich Regelungen zum Mindesteinkommen bei der Selektion sehr hoch qualifizierter Migranten als sehr effizient erwiesen. Die Einführung einer Jobsuchphase von bis zu sechs Monaten nach Verlust eines Arbeitsplatzes verbesserte zudem die Arbeitsmarktleistung von Migranten.

Dessen ungeachtet kann Migrationspolitik geschlechtsspezifische Besonderheiten hervorrufen und ebenso die Erwerbsbeteiligung ethnischer Minderheiten in sehr unterschiedlicher Weise beeinflussen, wie *Erik Vickstrom* (US Census Bureau und IZA) zeigte. Er verglich senegalesische Migrantinnen in Italien, Spanien und Frankreich: Frauen, die im Zuge einer Familienzusammenführung migrierten, wiesen nach seinen Untersuchungen eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit auf, im Zielland zu arbeiten als Vergleichsgruppen, die auf Grundlage anderer rechtlichen Möglichkeiten ihren Weg ins Land gefunden hatten. Für männliche Migranten ließ sich keine solche Diskrepanz feststellen.

Die Migrationspolitik eines Landes ist auch das Ergebnis eines öffentlich und medial beeinflussten Meinungsbildungsprozesses. *Tommaso Frattini* (University of Milan und IZA) analysierte in diesem Zusammenhang, wie das Abstimmungsverhalten von US-Kongressabgeordneten bei Gesetzesentwürfen zu Migration und Handelspolitik auf die Präferenzen der Wähler reagiert. Es überrascht nicht, dass die Entscheidungen von Politikern, die eine größere Medienpräsenz in ihrem Wahlkreis erzielen, näher an den Präferenzen der Öffentlichkeit lagen. Für die Handelspolitik konnte dieser Effekt nicht bestätigt werden.

Die von *Sanjay Jains* (University of Cambridge) entwickelten theoretischen Überlegungen konzentrierten sich auf den Umstand, dass kulturelle Aspekte zu ineffizient hohen Barrieren für Migration führen. Obwohl die uneingeschränkte Mobilität von Arbeitskräften im Interesse der globalen Wohlfahrt optimal wäre, entscheiden sich Hochlohnländer aufgrund dieser gesellschaftlichen Faktoren für mehr oder weniger starke Zuwanderungsbeschränkungen und bevorzugen zugleich dauerhafte gegenüber nur temporären Arbeitsmigranten.

Herausforderung Integration

Mehrere präsentierte Studien waren dem Thema der Zuwandererintegration gewid-

met. *Massimilano Tani* (IZA) untersuchte anhand von Längsschnittdaten die große Bedeutung einer Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse für den Arbeitsmarkterfolg von Immigranten in Australien. Wurden ausländische Abschlüsse von einer zertifizierten Agentur anerkannt, hatte dies erkennbar positive Wirkungen im Hinblick auf das Arbeitsmarkt-Matching und das erzielte Einkommen. *Maryam Naghsh Nejad* (IZA) untersuchte am Beispiel des Iran die Integrationsprobleme in „untypischen" Einwanderungsländern, die zwar einen starken Zuzug erleben – allein über drei Millionen Afghanen sind in den letzten Jahrzehnten in den Iran immigriert –, darauf aber strukturell nur bedingt vorbereitet sind. Auch Angehörige der zweiten Zuwanderergeneration im Iran sehen sich ihren Analysen zufolge bereits beim Schulbesuch erheblichen Benachteiligungen ausgesetzt.

Anders als einheimische Kinder sind Immigrantenkinder wegen ihrer Doppelbelastung in Form eines bilingualen Spracherwerbs in ihrer kognitiven Entwicklung besonderen Belastungen ausgesetzt. Basierend auf Daten zu Kindern von Zuwanderern und Einheimischen in Schottland analysierte *Joanna Clifton-Sprigg* (University of Edinburgh) die Unterschiede in der kognitiven Entwicklung im Alter zwischen drei und fünf Jahren. Sie zeigte, dass bilinguale aufwachsende Kinder im Alter von drei Jahren tatsächlich geringere kognitive Fähigkeiten haben als einsprachig aufwachsende Kinder – diesen Rückstand haben sie aber bereits bis zum fünften Lebensjahr vollständig aufgeholt.

Vincenzo Caponi (CREST und IZA) betrachtete den Zusammenhang von Geburtenhäufigkeit und Humankapitalbildung unter mexikanischen Immigrantinnen in den USA. Hochqualifizierte mexikanische Frauen in den USA weisen demnach eine höhere Geburtenrate auf als US-amerikanische oder in Mexiko verbliebene Frauen, liegen umgekehrt aber in ihrer Erwerbsbeteiligung gegenüber den beiden Vergleichsgruppen zurück. In einem theoretischen Modell zeigte Caponi, dass dies durch eine Kombination aus Migrationsanreizen und dem Verlust von Humankapital erklärt werden kann: Hoch gebildete Frauen haben einen stärkeren Emigrationsanreiz als Frauen mit einem geringeren Bildungsniveau, doch ihr Humankapital wird aufgrund diverser Inkompatibilitäten im Zielland weniger stark honoriert. Somit erhöhen sich die Opportunitätskosten der Arbeit, und der Rückzug aus dem Arbeitsmarkt zugunsten der Kindererziehung wird relativ attraktiver.

Viele Migranten verlassen sich stark auf informelle Netzwerke, um Arbeitsplätze zu finden. Inwieweit sich dies auf dem Arbeitsmarkt auszahlt, untersuchte *Deepti Goel* (Delhi School of Economics und IZA) am Beispiel von Immigranten in Kanada. Im Verlauf ihrer Untersuchungen wurde deutlich, dass der Lohnunterschied zwischen dem ersten außerhalb des Netzwerks vermittelten und dem vorherigen, innerhalb des Netzwerks vermittelten Arbeitsplatz nur dann geringer ausfällt, wenn eine besonders hohe individuelle Wahrscheinlichkeit gegeben ist, über das Netzwerk ein Jobangebot zu erhalten. Offenbar sorgen die schwächeren Kontakte außerhalb der Netzwerke ungeachtet einer geringeren Erfolgswahrscheinlichkeit zugleich im Erfolgsfall für einen deutlichen Lohnvorteil.

Migration und Gesundheit

Eine Reihe von Arbeiten beleuchtete die komplexe Beziehung zwischen Migration und Gesundheit, die für die Bewertung von Wanderungseffekten zunehmend wichtig wird. Es besteht die wachsende Sorge, dass die Abwanderung von Gesundheitsfachkräften aus armen Ländern eine schädliche Auswirkung auf die Gesundheit der dort lebenden Menschen hat und kostspielige Investitionen in die Ärzteausbildung vor Ort für die von einer Ärzteauswanderung betroffenen Staaten verloren sind. Nach Einschätzung von *Caglar Özden* (Weltbank und IZA) ist der medizinische Brain Drain zum Teil ein Mythos. Detaillierte Daten über gebürtige afrikanische Ärzte in den USA zeigten, dass nur ein Drittel von ihnen tatsächlich in ihren Heimatländern ausgebildet wurden. Zwei Drittel schlossen entweder in den USA oder in einem anderen außerafrikanischen Land ihre medizinische Ausbildung ab.

M. Dansokho, A. Constant, K. F. Zimmermann, S. J. Diop

Shoshana Neuman (Bar-Ilan University und IZA) lieferte einen wertvollen Beitrag zur Erforschung des Phänomens eines in „klassischen" Einwanderungsländern verbreiteten Gesundheitsvorteils von Immigranten gegenüber Einheimischen zum Zeitpunkt ihrer Einreise. Indem sie Daten zu Einwanderern in Israel und Europa verglich, konnte Neuman auffallende Unterschiede aufzeigen. Israel sieht für jüdische Zuwanderer praktisch keine Einreisebeschränkungen hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes vor, während dies in Europa anders gehandhabt wird. Die nicht-selektive Politik Israels führt offenbar dazu, dass Immigranten in Israel – im Gegensatz zur Situation in Europa – durchschnittlich weniger gesund sind als vergleichbare Einheimische.

Erste Ergebnisse eines Forschungsprojektes zum Einfluss von giftigem Trinkwasser auf die gesundheitliche Entwicklung von Familien in Bangladesh – und damit nicht zuletzt auch auf deren Migrationsentscheidungen – präsentierte IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn). In vielen Regionen des Landes ist die Arsenbelastung der vor Ort primär genutzten Rohrbrunnen zu hoch. Mangels Alternativen wird aus ihnen dennoch Trinkwasser entnommen. Schwere negative Auswirkungen auch auf die psychische Gesundheit der Menschen sind die Folge, und der Emigrationsdruck nimmt unweigerlich zu. Das Projekt soll dabei helfen, Gegenmaßnahmen zielgerichteter zu entwickeln.

Makro-Effekte von Migration

Die makroökonomischen Konsequenzen von Zuwanderung sind Gegenstand intensiver Forschungsaktivitäten im Bereich der Migrationsforschung. *Andrei Zlate* (Boston FED) stellte im Konferenzverlauf eine Studie vor, die nach dem Einfluss von Migration und Offshoring auf die Arbeitsmarktpolarisierung der letzten drei Jahrzehnte in den USA fragt. Zlate gelangte darin zu dem Schluss, dass die Zuwanderung von Geringqualifizierten letztlich die US-Wirtschaft angekurbelt habe. Während die Verlagerung von Produktion ins Ausland den Beschäftigten in der Mitte der Einkommensverteilung schade, erhöhe sie die Produktiviät und das Lohnniveau von Hochqualifizierten und in der Folge auch die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit. Aufgrund des starken Zuzugs geringqualifi-

Eindrücke von Teilnehmern

„Eine sehr inspiriende Themenwoche zur Migrationsforschung."

–– Mette Foged

„Das Programm der Veranstaltung lieferte über den wissenschaftlichen Gehalt hinaus viele wertvolle Einsichten zu den politischen, vor allem aber auch menschlichen Aspekten von Flucht und Migration."

–– Vincenzo Caponi

"Konferenz und Diskussionsforum boten eine Fülle von Möglichkeiten zum Austausch mit senegalesischen Experten."

–– Yvain Bon

Interview: „Europa muss mehr tun, um Migranten aus Afrika zu helfen“

Anlässlich des IZA Annual Migration Meeting in Dakar forderte *Mamadou Dansokho* (University Cheikh Anta Diop of Dakar und CRES) im Interview mit IZA Compact eine Reform der europäischen Migrationspolitik mit dem Ziel, deren positiven Nutzen für den afrikanischen Kontinent zu verstärken. Die aktuelle Flüchtlingskrise auf dem Mittelmeer gehe nicht zuletzt auf Versäumnisse Europas zurück.

Mamadou Dansokho

Profitiert oder verliert Senegal derzeit durch die anhaltenden Wanderungsbewegungen in Richtung Europa?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Senegal hat eine lange Geschichte der Auswanderung nach Europa. Die erste Emigrantenwelle verließ das Land nach dem Zweiten Weltkrieg, die stärkste Abwanderung fand in den 1970er Jahren statt. Diese Emigranten haben bis heute maßgeblich dazu beigetragen, ihren Heimatorten zu helfen. Durch Rücküberweisungen unterstützen sie nicht nur ihre Familien und deren Bildungserwerb, sondern helfen auch den Bau und die Instandhaltung von Krankenhäusern zu finanzieren.

Aber Auswanderung hat eben auch einen hohen Preis. Viele Emigranten aus früheren Jahren hatten ein relativ niedriges Bildungsniveau. Sie dienen aber bis heute für viele junge Menschen als Vorbild. Anstatt sich um die bestmögliche Bildung zu bemühen, sehen sie eine größere Chance für sich darin, stattdessen auszuwandern, weil es ihnen im Ausland in jedem Fall besser gehen werde. Sie glauben also nicht mehr an den Nutzen von Hochschulbildung oder an den von Arbeit, sondern warten nur noch auf den „richtigen“ Auswanderungszeitpunkt. Das ist mit enormen wirtschaftlichen Kosten verbunden, nicht nur in Senegal.

Und darüber hinaus gibt es auch noch soziale Kosten, die für die im Ausland lebenden Senegalesen und die aufnehmenden Gesellschaften anfallen und auch weit darüber hinaus ihre Wirkung entfalten. So zeigt sich etwa in Frankreich, dass Angehörige der zweiten Einwanderergeneration es als immer schwerer empfinden, sich in die Gesellschaft zu integrieren. In der jungen Generation afrikanischer Immigranten in Europa herrscht vielfach eine große Leere und ein Mangel an Identität. Das macht sie anfällig für Fundamentalismus, den sie im Falle ihrer Rückkehr dann auch mitnehmen.

Mit anderen Worten: Kosten und Nutzen der Migration sind komplex verteilt. Es kommt darauf an, den Nutzen ganz gezielt auszubauen, und da kann und muss Europa noch viel mehr tun.

Was muss getan werden, um die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer zu stoppen?

Das wird eine Herkulesaufgabe. Denn man muss sich den Zynismus der heutigen Welt klarmachen. Die europäischen Gesellschaften sind sehr reich, und sie kennen die Situation in den meisten afrikanischen Ländern sehr gut. Die Globalisierung sorgt dafür, dass wir immer enger zusammenrücken. Und dennoch: Ohne erkennbar positive wirtschaftliche Entwicklung sehen viele junge Afrikaner als einzige Hoffnung auf ein besseres Leben den Schritt ins Ausland an. Wir Afrikaner wurden im Zuge internationaler Handelsabkommen gedrängt, Vereinbarungen zu unterzeichnen, die zwar die Freizügigkeit von Waren und Dienstleistungen gewährleisten, die aber die Freizügigkeit von Personen ausschließen. Ist das gerecht?

Hinzu kommt, dass junge Afrikaner, die ihre Hochschulausbildung in Europa absolvieren oder nur fortsetzen wollen, mit großen Schwierigkeiten konfrontiert sind, insbesondere in Frankreich. Sie sind oft brillante Köpfe, aber die bürokratischen Hürden sich in einer französischen Universität einzuschreiben, sind enorm. Daher findet unter vielen jungen Menschen mittlerweile eine Orientierung in Richtung der Vereinigten Staaten oder China statt. Der Hochschulzugang gestaltet sich dort einfacher und die Universitäten sind integrativer. Europa nimmt damit sehenden Auges in Kauf, dass ihm diese klugen Köpfe eines Tages vielleicht fehlen werden.

Afrikanische Einwanderer fühlen sich in Europa oft marginalisiert. Europa muss also die Rechte von Einwanderern verbessern. Und wenn das Ziel darin bestehen soll, die Auswanderung aus Afrika zu steuern und zu begrenzen, müssen mehr Mittel für die dortige wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung gestellt werden.

▶ http://wp.me/p3cqoR-15p

zierter Migranten stagnierten die Löhne in diesem Segment, so dass einheimische Geringqualifizierte verstärkt Bildungsinvestitionen unternommen hätten. Insgesamt sei damit ein Produktivitätszuwachs der US-Wirtschaft einher gegangen.

Inwieweit Migration den Handel durch Verringerung der Transaktionskosten intensiviert, analysierte *Christopher Parsons* (Oxford University und IZA). Nach Ende des Vietnamkrieges wanderten mehr als eine Million Vietnamesen in die USA aus, ohne dass ihre Verteilung auf die US-Bundesstaaten gesteuert wurde. Seit die USA fast zwanzig Jahre später ihr Handelsembargo aufhoben, verzeichnen Bundesstaaten mit einer größeren Zahl an vietnamesischen Immigranten auch einen intensiveren Handel mit Vietnam.

Bestandteil einer überaus intensiven Fachtagung, die mit dem 13. IZA Annual Migration Meeting am 27. und 28. Mai 2016 in Bonn ihre Fortsetzung finden wird, war auch ein hochrangig besetztes Politikforum, das sich mit der dramatischen Flüchtlingssituation auf dem Mittelmeer auseinandersetzte (siehe nachfolgender Bericht).

▶ www.iza.org/link/AM2Dakar

Afrikanische Migration nach Europa

IZA-Expertensymposium in Dakar erörtert aktuelle Krise

Vor dem Hintergrund der dramatischen Flüchtlingssituation auf dem Mittelmeer diskutierten auf Initiative des IZA Politiker, Akademiker und Vertreter von Migrantenorganisationen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Tod tausender Migranten auf ihrem Weg nach Europa zu verhindern. Sie erörterten ebenso, inwieweit Migration Afrika helfen kann, wirtschaftlich erfolgreicher zu werden.

Abdoulaye Diagne, Souleymane Jules Diop, Klaus F. Zimmermann, Yvain Bon

Souleymane Jules Diop (Staatssekretär für die Angelegenheiten der im Ausland lebenden Senegalesen), IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn), *Abdoulaye Diagne* (Direktor CRES) und *Yvain Bon* (IOM, Westafrika) betonten das große wirtschaftliche Potenzial, das durch Migration für die Entwicklungsländer entstehe. Wirtschaftlich gesehen spielt die Diaspora eine wichtige Rolle in Senegal. Geldsendungen fließen in die Finanzierung von Straßen, Schulen und anderer Infrastruktur im ganzen Land. Auf Initiative des senegalesischen Präsidenten werden inzwischen verstärkt Maßnahmen zur Unterstützung der Senegalesen im Ausland, aber auch zur erfolgreichen Wiedereingliederung von Rückkehrern und zur Förderung der Jugend im eigenen Land getroffen.

Alle Diskussionsteilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit einer engeren ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa, um Migration zum beiderseitigen Vorteil zu gestalten und zugleich Fehlentwicklungen wie die kriminellen Schleuseraktivitäten und die Irrfahrt afrikanischer Zuwanderer in Europa zu vermeiden. Zimmermann schlug in diesem Zusammenhang sowohl die Schaffung einer Mittelmeerunion als auch ein System der zirkulären Migration vor. Migranten könnten so bei Nachweis eines Arbeitsplatzangebots das Recht erwerben, für eine befristete Zeit nach Europa zu kommen und dort zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren, bevor sie in ihr Heimatland zurückkehren. Auf diese Weise könnten einerseits Engpässe auf den europäischen Arbeitsmärkten besser bewältigt und zugleich ein Qualifikationsgewinn für die afrikanischen Arbeitsmärkte erreicht werden.

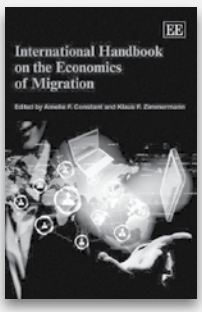
Mamadou Dansokho (CRES), *Abdoulaye Diagne* (CRES) und *Pape Demba Fall* (Entwicklungsexperte bei IFAN, Universität Cheikh Anta Diop, Dakar) beleuchteten den Einfluss von Migration auf die senegalesische Wirtschaft. Inzwischen ist Senegal in zunehmendem Maße selbst Zielland von Zuwanderern aus anderen Teilen Westafrikas, da das Land eine vergleichsweise günstige Wirtschafts- und Lohnentwicklung vorweisen kann. Dansokho ging in diesem Zusammenhang ausführlich auf die Vor- und Nachteile der umfangreichen chinesischen Investitionen in Forschung und Entwicklung ein. Diagne betonte die positive Rolle der senegalesischen Diaspora bei der Bekämpfung von Armut. Dank ihrer Unterstützung sei es gelungen, in ländlichen Gebieten für einen besseren wirtschaftlichen Ausgleich im Falle von Naturkatastrophen und Missernten zu sorgen und hierfür Fonds zu schaffen. Demba Fall zeigte auf, dass die Binnenmigration für die Entwicklung des Landes genauso wichtig ist wie die internationale Migration. Senegal stehe vor einer massiven Verstädterung, die die Ungleichheit innerhalb des Landes weiter erhöhen werde, aber auch dafür gesorgt habe, dass viele vom Land in städtische Gebiete gezogene Binnenmigranten der Armut entfliehen konnten.

Yvain Bon, Pape Demba Fall, Ndioro Ndiaye, Godlove Kamwa, Miniane Diouf, Sory Kaba, Penda Mbow

Zu den weiteren Diskussionsteilnehmern des Symposiums zählten *Penda Mbow* (University Cheikh Anta Diop, Dakar), *Ndioro Ndiaye* (Präsident der Alliance pour la Migration, le Leadership et le Développement (AMLD) und ehemalige Ministerin für Frauen, Kinder und Familienangelegenheiten der Republik Senegal), *Sory Kaba* (Directeur Général des Sénégalais de l'Exterieur) und *Miniane Diouf* (Koordinator Migration and Development in Africa (NADE)). Sie appellierten unter anderem an die europäische Politik, die rechtliche Situation von Migranten und Flüchtlingen in Europa zu verbessern, um bessere ökonomische Erfolgschancen zu schaffen, von denen wiederum auch die Herkunftsländer profitieren könnten.

▶ www.iza.org/link/AM2Dakar

Ab sofort auch als preiswerte Taschenbuchausgabe erhältlich:



Amelie F. Constant
Klaus F. Zimmermann
(Hrsg.)

International Handbook on the Economics of Migration

Edward Elgar 2015,
584 Seiten
ISBN: 9781845426293

Weiterführende Informationen zum Buch:
www.iza.org/MigrationHandbook

„Arbeitsmobilität ist eine große Chance für Europa“

László Andor

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise in vielen EU-Staaten und einer kontroversen Diskussion über eine restriktivere Handhabung von Migrations- und Binnenmobilitätsregelungen innerhalb der Europäischen Union referierte der ehemalige EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration (2010-2014), *László Andor*, als Gast des IZA Policy Seminar am 11. März 2015 in Bonn. Im Gespräch mit IZA Compact nimmt der IZA Policy Fellow Stellung zu den aktuellen Herausforderungen für die europäische Beschäftigungspolitik:

Die Europäische Union wird oft als bürokratisches Monstrum wahrgenommen. Was sind aus Ihrer Sicht im Bereich von Migration und Integration die wichtigsten Initiativen der EU-Kommission, die auf nationaler Ebene nicht hätten durchgesetzt werden können?

Die EU hat bekanntlich in den Bereichen Beschäftigung und soziale Angelegenheiten nur begrenzte Möglichkeiten, was die politische Koordination und die Rechts- und Finanzierungsmittel angeht. Während meiner Zeit in der Barroso-II-Kommission haben wir mit Blick auf mittelfristige Problemlösungen dennoch einiges auf den Weg gebracht, was ohne die europäische Initiative wohl kaum gelungen wäre. Denken Sie an die Schaffung eines EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma (2011) – das war eine markante Reaktion auf ein drängendes Problem. Natürlich lässt sich die Ausgrenzung der Roma in Mittel- und Osteuropa, auf dem Balkan, aber auch in westlichen Ländern, nicht politisch erzwingen. Allerdings gibt es inzwischen eine klare Verbesserung, gerade weil die EU hinsichtlich der Koordination, Verbreitung und Unterstützung von vorbildlichen Integrationsprogrammen interveniert hat.

Ein weiteres drängendes Problem war der Streit über die teils missbräuchliche Praxis der Arbeitnehmerentsendung in Europa. Einige kontroverse Fälle haben Konflikte ausgelöst und das Vertrauen in den Binnenmarkt gefährdet. Wir haben deshalb im Jahr 2012 eine Durchführungsrichtlinie eingebracht, die aus meiner Sicht die Situation vor Ort in den kommenden Jahren deutlich verbessern wird.

Innerhalb des mehrjährigen EU-Finanzrahmens haben wir durchgesetzt, den Fonds für die Unterstützung besonders bedürftiger Bevölkerungsgruppen nicht nur zu erhalten, sondern so umzustrukturieren, dass er neben unmittelbaren Hilfen zum Lebensunterhalt auch Maßnahmen zur Aktivierung von gesellschaftlichen Problemgruppen finanzieren kann. Das wäre auf einzelstaatlicher Ebene niemals gelungen. Es gibt also ungeachtet manch unfairer Kritik einen klaren Mehrwert, der aus der Tätigkeit der Europäischen Kommission resultiert.

Was sind die größten Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung, denen sich die EU stellen muss?

An der Beschäftigungspolitik der EU beteiligen sich sowohl die einzelnen Mitgliedstaaten als auch die EU-Ebene – die Verantwortung geht gelegentlich irgendwo dazwischen verloren. Aus meiner Sicht besteht die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre darin, die strukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Vollbeschäftigung in der EU von einer Utopie wieder zu einem realistischen Ziel wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) wird das allerdings kaum gelingen. Vor deren Beginn, insbesondere vor dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, haben europäische Länder, sofern dies nötig war, Fiskal- und Geldpolitik sowie die Wechselkurspolitik zur Senkung der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Zum Zeitpunkt der jüngsten Krise waren die europäischen Länder außerhalb der Eurozone, wie Großbritannien oder Polen, immer noch in der Lage dies zu tun, während den Euro-Staaten die Hände gebunden waren. Doch es geht mir gar nicht darum, diesen Zeiten nachzutrauern. Wir müssen allerdings erkennen, dass den Nationalstaaten im Zuge der Währungsunion makroökonomische Anpassungsinstrumente verloren gegangen sind, ohne dass neue Instrumente an deren Stelle getreten wären. Deshalb sind es die nationalen Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme, die im Falle externer Schocks – wie eines Versagens des Finanzsektors – unverhältnismäßig hohe Lasten zu tragen haben. Das sorgt für einen dramatischen Humankapitalverlust in Form von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, aber auch durch Auswanderung. Dieses Problem kann nicht ohne eine Vervollständigung der EWWU gelöst werden, die den Mitgliedsstaaten automatische Stabilisatoren im Bereich der Fiskalpolitik an die Hand gibt.

Wie sehen Sie die Rolle der EU in der globalen Krise und mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit in Europa?

Ich habe in meiner Zeit als EU-Kommissar gelernt, dass finanzielle und wirtschaftliche Polarisierung sehr leicht auch eine politische Polarisierung in der EU verursachen und damit die Entscheidungsfindungen in Europa lähmen kann. Selbst wenn offensichtlich ist, was getan werden muss, können nationale Interessen - oder das, was als eine solche Interessenlage wahrgenommen wird – Fortschritte blockieren. Das erschwert dringend notwendige politische Maßnahmen und sorgt dafür, dass sich Probleme zuspitzen. Vergleicht man beispielsweise die USA und Europa, dann wird schnell klar, dass der Großen Rezession eben auch mit EU-weiten Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage wirksam begegnet werden könnte. Doch von Seiten der EU-Kommission lässt sich das kaum steuern, nicht zuletzt deshalb, weil die Eurozone nach wie vor zu wenig als eine makroökonomische Einheit verstanden wird.

Die EU hat bislang kaum Möglichkeiten, die makroökonomischen Ergebnisse für die Eurozone als Ganzes zu optimieren, und sie sind deshalb im Übrigen auch oft für die Einzelstaaten alles andere als optimal. Auch wenn mittlerweile anerkannt wurde, dass wir uns in der EU mit makroökonomischen Ungleichgewichten viel stärker auseinandersetzen müssen, ist es weit schwieriger, bei Überschussländern mit Handlungsempfehlungen auf Gehör zu stoßen als in Defizitländern. Das führt dazu, dass wir unter einer deutlichen Investitionszurückhaltung leiden. Das Wachstum kehrt nicht so schnell zurück, und die Arbeitslosigkeit sinkt nicht so schnell, wie es sein sollte und könnte.

Wie kann die EU helfen, die teils dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen?

Die Jugendarbeitslosigkeit war in vielen Staaten der EU bereits vor der Krise hoch, hat aber dann noch einmal besonders stark auf die Wirtschaftskrise ab 2008 reagiert. Das Problem ist in Wirklichkeit noch viel größer, denn neben den arbeitslos Gemeldeten müssen ja auch noch die Inaktiven berücksichtigt werden, die sich aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Qualifizierung befinden (NEET – Not in Education, Employment, or Training). Innerhalb der EU bestehen hier eklatante Unterschiede, die sich zuletzt noch vergrößert haben. Nationale Anstrengungen allein reichen nicht aus, auch wenn das Bestreben, der Jugend zu helfen, in jedem Staat vorhanden ist.

Interview mit László Andor

Es gibt kein Patentrezept, um hier Abhilfe zu schaffen, aber doch drei Schlüsselbereiche, in denen wir stärker aktiv werden müssen: Erstens muss die EWWU-Reform konsequent fortgesetzt werden, um zu vermeiden, dass junge Menschen noch einmal unter solchen Wirtschaftsblasen zu leiden haben, wie es sie in Spanien und Irland gab. Dazu muss die EWWU antizyklische Stabilisierungskapazitäten aufbauen. Zweitens muss die Bildungspolitik den Inhalt der Ausbildung verbessern und die zu hohen Abbrecherquoten reduzieren. Drittens muss die Beschäftigungspolitik die Arbeitsmärkte so organisieren, dass eine zu starke Segmentierung vermieden wird und mit einer besseren Arbeitsvermittlung mehr Passgenauigkeit und Mobilität erreicht werden kann. Deutschland, Österreich und die Niederlande zeigen, dass ein gut organisierter und durchgeführter Übergang vom Schul- ins Berufsleben die entscheidende Grundlage zur Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit schafft. Deshalb hat die EU-Kommission mit ihrer Initiative zur „Europäischen Jugendgarantie" einen wichtigen Anstoß gegeben ...

... der aber noch nicht überall zum Erfolg geführt hat. Wie schätzen Sie die Chancen ein, die Jugendgarantie gerade dort wirksam einzusetzen, wo die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist?

Die Jugendgarantie ist ein neuer, sehr wichtiger Bestandteil des europäischen Sozialmodells. Sie wurde auf der Grundlage bestehender Modelle in Finnland und Österreich konzipiert, belässt den EU-Staaten aber alle Freiheit bei der Umsetzung und Gestaltung der Programme vor Ort. Naturgemäß kann nicht jeder Staat die enthaltenen Garantien ohne Weiteres geben; deshalb ist die finanzielle Unterstützung der EU von erheblicher Bedeutung, insbesondere für die am stärksten benachteiligten Regionen. Um die Jugendgarantie schneller umzusetzen, wurden zuletzt die Vorfinanzierungsmöglichkeiten erweitert, so dass schnellere Auszahlungen erfolgen können. Der Europäische Rechnungshof hat kürzlich eine günstige Beurteilung der Jugendgarantie vorgelegt und deren verstärkte Umsetzung gefordert. Dem kann ich nur zustimmen. Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass der tatsächliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit stark von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt und nicht nur von den Reformfortschritten in der Jugendgarantie.

Die EU-Kommission fordert die Mitgliedstaaten außerdem seit längerem auf, inaktive Jugendliche stärker in den Blick zu nehmen. In einigen Fällen verbessern sich die Ergebnisse erst durch fallende NEET-Raten und in zweiter Linie durch eine rückläufige Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendgarantie ermöglicht in diesem Zusammenhang sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Maßnahmen. Anfangs haben sich die Mitgliedstaaten oft sehr stark auf nachfrageorientierte Programme konzentriert, wie etwa Beschäftigungssubventionen. Mit einer schnelleren Markterholung erwarte ich jedoch eine Verschiebung zu stärkeren Aktivitäten auf der Angebotsseite. In vielen Fällen hat sich gezeigt, dass allein der Anstoß in Form einer Vermittlung erster Arbeitserfahrungen, die Jugendliche über die Jugendgarantie erreichen konnten, bereits ausgereicht hat, um ihre Arbeitsmarktchancen deutlich zu verbessern. Orientierung und Beratung durch die Europäische Kommission hat hier eine wichtige Rolle gespielt.

Ist nicht auch Mobilität, insbesondere von jungen Menschen, eine passende Antwort auf die hohe Arbeitslosigkeit in manchen EU-Regionen?

In der Tat sollte Mobilität als Chance gesehen werden, egal ob wir von Mobilität unter Studierenden oder von Arbeitsmobilität reden. Hypothetisch gesehen kann es zwar sein, dass die Arbeitsmobilität zu einem „Brain Drain" zu Lasten anderer EU-Staaten beiträgt. Dies wurde auch von der Kommission untersucht. Insgesamt sind solche Negativeffekte gegenüber den Vorteilen von Mobilität aber eher gering, zumal dann, wenn Mobilität im Sinne einer zirkulären Wanderung funktioniert und nicht ausschließlich die klügsten Köpfe wandern. Es entsteht sogar Potenzial für einen „Brain Gain", wenn Migranten mit mehr Fähigkeiten, Erfahrungen und Ersparnissen in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Aktuell sind hochqualifizierte Beschäftigte in den Ost-West-Wanderungsbewegungen innerhalb der EU nicht überrepräsentiert, aber die zirkulären Rückwanderungsprozesse setzen erst schleppend ein. In einigen spezifischen Sektoren, wie dem Gesundheitswesen, ist der regionale Mangel an Fachkräften inzwischen zu einem Problem geworden, das mit mehr Mobilität besser aufgefangen werden könnte. Der Umfang der Süd-Nord-Migration ist bislang weit geringer, bei allerdings steigender Tendenz. Zirkuläre Wanderungen sind hier wahrscheinlicher, Hochqualifizierte sind deutlich überrepräsentiert. Die Mobilität trägt auf diese Weise zur Überwindung kurzfristiger Ungleichgewichte bei. Allerdings wissen wir nicht, welche Bedeutung das für den Ausgleich langfristiger Ungleichgewichte in der EU hat. Vor allem die Auswirkungen auf das langfristige Wachstumspotenzial der Peripherieländer und ihre sozialen Sicherungssysteme müssen weiter untersucht werden.

In vielen EU-Ländern gibt es derzeit einen Rechtsruck hin zu populistischen Parteien, die europaskeptisch oder gegen Zuwanderung eingestellt sind. Wie kann die EU diesem Trend begegnen?

Indem sie sich auf ihre Stärken besinnt, sie offensiv vertritt und so zu einem positiven Image zurückfindet. Auf keinen Fall dadurch, dass sie diesen Stimmungen hinterherläuft. Wenn wir einen genaueren Blick auf die Anti-Immigrations-Stimmung in einigen Mitgliedstaaten werfen, schlummert dort viel Opportunismus und Manipulationspotenzial. Obwohl Arbeitsmigranten zum Wohlstand eines Landes beitragen – das zeigen doch die vorliegenden Studien –, können sie sich in einer Kontroverse gefangen sehen, die anderswo ihren Anfang genommen hat. Die EU-Skepsis in Finnland und Deutschland wurde vor allem durch die Zurückhaltung angeheizt, Defizitländern in der Eurozone mit einem teuren Rettungspaket zu helfen. Wenn jemand die ärmeren Länder als Belastung für die reicheren darstellen möchte, kann er die Ankunft ärmerer Migranten zu genau diesem Zweck instrumentalisieren.

In Dänemark hat es eine chauvinistische Partei geschafft, eine regelrechte Hysterie um EU-Migration zu erzeugen – und das wohlwissend, dass ihre politischen Forderungen gegen jedes EU-Recht verstoßen und das eigene Land zu den größten Nutznießern des EU-Binnenmarkts gehört. In Großbritannien und der Schweiz, aber nicht nur dort, kann man beobachten, wie stark Einwanderungsgegner ausgerechnet in Regionen sind, in denen die wenigsten Zuwanderer leben. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass manche Staaten den durch Zuwanderung erzielten Wohlstandsgewinn nicht adäquat verteilen. Aber das ist nun einmal weitgehend eine nationale Angelegenheit und nicht Sache der EU-Kommission.

Auf der anderen Seite sollten regional auftretende Probleme mit Migration konstruktiv angegangen werden, vor allem auf der lokalen Ebene, wo bei der Erstaufnahme und Unterbringung von Zuwanderern Engpässe und Kosten entstehen und wo es darum geht, aufkommenden Vorbehalten mit verantwortlichem Handeln zu begegnen. Die EU steht dabei allen Mitgliedstaaten unterstüt-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Interview mit László Andor

zend zur Seite. Der Europäische Sozialfonds steht allen Ländern zur Verfügung, um bei der Integration von Migranten zu helfen und deckt dabei sowohl den Bildungssektor als auch den Arbeitsmarkt ab. Sollten diese Mittel nicht genügen, könnten sie aufgestockt oder ein zusätzlicher Fonds eingerichtet werden. Die EU sollte im Übrigen energischer darauf hinwirken, dass Kohäsionsländer die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel intensiver dazu nutzen, bessere Arbeitsplätze und soziale Bedingungen zu schaffen, die die Emigrationsanreize zu vermindern helfen. Gleichzeitig gibt es aber noch Arbeit auf dem Gebiet der Übertragbarkeit von Transferansprüchen, etwa bei der Arbeitslosenversicherung.

Die EU kann in dieser Hinsicher durchaus noch „sozialer" werden. Eine soziale EU würde nicht bedeuten, dass man einfach als Trittbrettfahrer von einem Wohlfahrtssystem zum anderen wechseln kann. Jeder von uns sollte aber die Möglichkeit haben, ohne Einschränkungen und Diskriminierung in jedem EU-Staat zu arbeiten. Arbeitsmigranten sollten nicht mit dem Risiko konfrontiert werden, ihr soziales Sicherheitsnetz zu verlieren. Das sollte in der EU dringend noch besser koordiniert werden.

Oft wird behauptet, die Reform- und Sparpolitik von EU und EZB verschlechtere die wirtschaftliche und soziale Lage statt sie zu verbessern.

Man muss gar kein Euroskeptiker sein, um zu erkennen, dass im Zeitraum von 2010 und 2011 die deutsch-französische „Merkozy"-Strategie der Krisenreaktion, verbunden mit der vorzeitigen Straffung der Geldpolitik durch den damaligen EZB-Präsidenten Trichet, die wirtschaftlichen und sozialen Krisen vertieft und fast zu einem Zusammenbruch der gemeinsamen Währung geführt hat. Seit 2012 findet zum Glück ein Politikwechsel auf der europäischen Ebene statt, den ich sehr begrüße, der aber noch konsequenter sein könnte. Der 2012 vorgelegte gemeinsame Bericht „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion" der vier Präsidenten von Europarat, EU-Kommission, Euro-Gruppe und Europäischer Zentralbank hat seine Wirkung nicht verfehlt. Auch die Interventionen der EZB unter ihrem neuen Präsidenten Mario Draghi haben zur Erholung der Eurozone beigetragen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stieg und sogar die Arbeitslosenzahlen sind gesunken. Allerdings wurde entweder nicht genug oder nicht rechtzeitig das Richtige getan, um das Risiko der Deflation und Stagnation zu beseitigen. Hinter den Investitionsplänen der Juncker-Kommission stecken gute Absichten, aber das letzte Wort zu den Auswirkungen und dem Potenzial ist sicherlich noch nicht gesprochen.

Es wird viel komplizierter werden, die europäischen Arbeitsmärkte zu reformieren, wenn sich das Wachstum nach der großen Krise weiter hinauszögert. Die EU-Kommission hat Reformen gefördert, die die Arbeitsmärkte dynamischer und integrativer gestalten sollten. Problematisch wird es aber, wenn die makroökonomische Politik nicht mithält. Dann sorgen die Reformen aufgrund ihrer kurzfristigen Anpassungskosten für erheblichen Widerstand. Ein anderes Problem besteht darin, Reforminitiativen unter akutem Finanzmarkt- und Zeitdruck zu starten oder beginnen zu müssen, den gesellschaftlichen Dialog dabei zu vernachlässigen und damit die Akzeptanz und Nachhaltigkeit des ganzen Vorhabens zu gefährden.

Ich glaube nicht, dass die Euroskeptiker wirklich einen kompletten Politikwechsel und ein Ende der EU wollen. Sie favorisieren entweder ein einzelstaatliches Durchwurschteln durch die Krise und lehnen einen „zu große" Solidarität mit schwächelnden EU-Staaten ab. Oder sie attackieren die gemeinsame europäische Währung, wollen die Eurozone verkleinern oder zum nationalen Geld zurückkehren. Beides ist kurzsichtig und naiv gedacht. Ich bin fest davon überzeugt, dass im Gegenteil mehr Risikoteilung der Schlüssel zu besserer Funktionalität, größerer Legitimität und Nachhaltigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion ist. Wir sollten so schnell wie möglich mutige Schritte in diese Richtung unternehmen.

Lässt sich das Spannungsfeld zwischen Arbeitsmarktreformen und Haushaltskonsolidierung auf der einen und makroökonomischer Stabilisierung auf der anderen Seite denn überhaupt auflösen?

Bevor wir davon reden können, beide Seiten in Einklang zu bringen, müssen wir diese beiden Ziele getrennt betrachten. Über welche Art von Arbeitsmarktreform und welche Art von Haushaltskonsolidierung sprechen wir? Zunächst einmal ist es wichtig, die Arbeitsmarktreformen nicht nur auf größere Flexibilität zu reduzieren, also beispielsweise einfach nur weniger Kündigungsschutz zu haben. Die Reduzierung von Kündigungsschutz kann unter Umständen Teil einer umfassenderen Anstrengung sein, die dazu dient, Segmentierung abzuschaffen und gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten herzustellen. Aber der eigentliche Schwerpunkt muss ein anderer sein: Wir brauchen dringend mehr Investitionen in das Humankapital unserer Bürger, wir brauchen bessere Übergänge vom Schul- ins Berufsleben, eine effizientere Arbeitsvermittlung und besser funktionierende Arbeitsmarktinstitutionen.

Ein dynamischer und integrativer Arbeitsmarkt trägt gleichzeitig zu einer besseren Wirtschaftsleistung und zu mehr sozialem Zusammenhalt bei. Einige der Reformen, die einen dynamischen und integrativen Arbeitsmarkt schaffen, sind in der Tat kostspielig, und die Mittel hierfür aufzubringen, ist in Zeiten knapper Kassen schwierig. Aber Haushaltskonsolidierung ist auch kein Selbstzweck, sondern muss sehr sorgfältig „kalibriert" werden. Die Zusammensetzung, die Geschwindigkeit und der Ablaufplan von Konsolidierungsmaßnahmen erfordern Aufmerksamkeit und politische Klugheit.

In der Vergangenheit haben wir da sicher manches falsch gemacht. Wir haben Fälle gesehen, in denen Maßnahmen zu sehr auf der Ausgabenseite (Großbritannien) oder zu sehr auf der Einnahmenseite (Frankreich) lagen. Andere Länder, wie Deutschland, sind mit ihrer Haushaltskonsolidierung zu schnell und zu weit gegangen, losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Situation in der Eurozone. Die eigentliche „Versöhnung" zwischen Strukturreformen und makroökonomischer Stabilisierung muss in den Defizit- und Krisenländern stattfinden, wo die kurzfristigen Kosten der Strukturreform sonst die Schmerzen der Haushaltskonsolidierung unerträglich werden lassen.

Für mich sind dabei zwei Erkenntnisse zentral: Erstens müssen wird selbst dort, wo eine Konsolidierung dringend angezeigt ist, genügend Raum für Investitionen lassen, die dem Humankapital dienen. Sonst opfern wir fahrlässig die langfristigen Wachstumspotenziale auf dem Altar kurzfristiger Einsparungen. Zweitens müssen wir viel stärker darauf achten, die Anpassungsprozesse in der Eurozone zu koordinieren und Asymmetrien zu vermeiden. Wenn neben den Defizitstaaten auch die Überschussländer ihre Hausaufgaben machen und sich auf diese Weise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der Währungsunion positiv entwickelt, dann können Reformen in den Defizitländern nun einmal deutlich leichter und schneller umgesetzt werden. Davon profitieren am Ende alle Staaten der Gemeinschaft – dieses Denken muss sich noch stärker durchsetzen.

IZA-Workshop: Ursachen und Folgen von Ungleichheit

Seit über einem Jahrzehnt steigt die Einkommensungleichheit in vielen Ländern. In den USA, Großbritannien und Deutschland stagnieren die Reallöhne in mittleren und unteren Einkommenssegmenten, während die Spitzenverdienste kontinuierlich steigen. Anders sieht es in Staaten mit weniger starkem Produktivitätswachstum aus: Dort stagnieren die Einkommen im oberen Verdienstsegment, sinken aber zugleich am unteren Ende. In beiden Fällen tritt das gleiche Resultat ein: Die Einkommenskluft wächst und scheint sich unter dem Einfluss der Großen Rezession sogar noch zu verschärfen. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist heute größer als vor 40 Jahren, und auch das Ausmaß, mit dem Einkommensunterschiede von Generation zu Generation tradiert werden, ist nicht zurückgegangen. Anders gesagt: In vielen Ländern scheint ein akuter Mangel an ökonomischer Mobilität zu herrschen. Grund genug für einen internationalen IZA-Workshop zum Thema, der mit Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung am 20. und 21. März in Bonn stattfand.

Das Expertentreffen wurde von *Lorenzo Cappellari* (Università Cattolica Milano und IZA), *Solomon Polachek* (Binghamton University, New York und IZA) und *Konstantinos Tatsiramos* (University of Nottingham und IZA) organisiert. Eine Auswahl der präsentierten Forschungsarbeiten wird in Kürze in der vom IZA mit herausgegebenen Zeitschrift *Research in Labor Economics* erscheinen.

Zwei wesentliche Erkenntnisse kristallisierten sich aus der intensiven Workshop-Arbeit heraus. Zum einen gelingt es den Gewerkschaften offenbar immer seltener, das Einkommen von Geringverdienern wirksam zu schützen oder gar aufzuwerten. Ein Grund dafür dürfte der Alterungsprozess unter den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten und die traditionell stärkere Präsenz der Gewerkschaften in den alten Industrien und Großbetrieben sein, die in der modernen Arbeitsgesellschaft an Gewicht verlieren. Geringverdiener sind heute überwiegend unter den jüngeren Beschäftigten in kleineren Unternehmen mit eher schwach ausgeprägtem gewerkschaftlichem Einfluss zu finden. Folglich werden Strategien wie etwa gesetzlich verankerte Mindestlöhne als Politikinstrument weltweit relevanter. Zum anderen wird immer deutlicher, dass das Ausmaß von Lohnunterschieden sehr wesentlich auch von der Anpassung der Qualifikationen der Arbeitnehmer an die sich ständig ändernden Arbeitsinhalte abhängig ist und größere Flexibilität an dieser Stelle am wirksamsten vor Einkommensverlusten bewahrt.

Daniele Checchi (University of Milan und IZA) lieferte eine empirische Untersuchung zu den Wechselwirkungen zwischen Einkommensungleichheit und verminderter Chancengleichheit in Europa. Ein zentraler Punkt seiner Studie: Einkommens- und Chancenungleichheit korrelieren nicht zwingend miteinander – in vergleichenden Länderrankings können einzelne Staaten diesbezüglich sehr wohl unterschiedliche Positionen einnehmen. Dabei weisen die Kennzahlen zur Chancengleichheit im Zeitverlauf deutlich geringere Schwankungen auf und reflektieren eher die prägenden sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und institutionellen Gegebenheiten als den Einfluss von Änderungen in der Einkommensverteilung.

Thomas Lemieux (University of British Columbia, Vancouver und IZA) betrachtete anhand eines innovativen Modells den Zusammenhang zwischen Lohnungleichheit und dem den tätigkeitsspezifischen Arbeitsinhalten zugemessenen Wert. In dem vorgestellten Modell ist das Lohnniveau abhängig von den zu leistenden Aufgaben und den Aufgabenpreisen, während die Aufgaben wiederum von den Fähigkeiten der Arbeitnehmer abhängen. Dies impliziert, dass die Lohnungleichheit sowohl von der Höhe als auch von der Verteilung der Aufgabenpreise abhängt. Unter Verwendung detaillierter Daten zu Arbeitsinhalten konnte Lemieux auf diese Weise zeigen, dass die voranschreitende Automatisierung die Durchschnittslöhne reduziert und zugleich ihre Dispersion erhöht hat. Veränderungen in den Arbeitspreisen aufgrund wechselnder Aufgabeninhalte sind demnach ein wichtiger Bestandteil der Gesamtlohnverteilung.

Stephen Machin (University College London und IZA) beschäftigte sich mit den Zusammenhängen zwischen wachsender Lohnungleichheit, stagnierenden Reallöhnen und dem schleichenden Bedeutungsverlust von Gewerkschaften. Der festzustellende Anstieg der Lohnungleichheit in vielen Ländern ging mit der Stagnation der Durchschnittslöhne (hier definiert als das Fehlen von Reallohnwachstum) in den unteren und mittleren Einkommenssegmenten einher. Dass zugleich in denselben Staaten durchweg ein Rückgang von Gewerkschaftsmacht beobachtet werden kann, der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter jüngeren Beschäftigten erkennbar rückläufig ist und eine Entkopplung von Durchschnittslöhnen und Produktivität stattfindet, macht diesen Trend laut Machin umso bedeutsamer.

Anders Björklund (SOFI, Stockholm University und IZA) stellte eine Studie zur Rolle und Betroffenheit von Familien im Hinblick auf ökonomische Ungleichheit vor. Darin analysierte er die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Forschungsansätze zu intergenerationalen Elastizitäten und kausalen Verbindungen zum elterlichen Hintergrund wie auch zu Geschwisterkorrelationen und dem Grad der gegebenen Chancengleichheit.

Peter Gottschalk (Boston College und IZA) untersuchte, inwieweit die Berufstätigkeit von Müttern den späteren Arbeitsmarkterfolg ihrer Kinder beeinflusst. Seiner Studie zufolge bleiben signifikante Einkommenseffekte oder ein intergenerationaler Einfluss auf das erzielte Lohnniveau der Kinder aus, während die Erwerbsbeteiligung der erwachsenen Kinder tendenziell begünstigt wird.

Intergenerationale Einkommenseffekte im Sinne einer Beeinflussung des Einkommens der Kinder durch dasjenige der Eltern sind insofern von einiger Bedeutung, als sie über den Umfang der Einkommensmobilität über die familiären Generationen hinweg Auskunft geben. Auch *Bhashkar Mazumder* (Federal Reserve Bank of Chicago) ging diesen Zusammenhängen in seiner Präsentation nach und verglich auf Basis von umfassenden Haushaltsbefragungen die Tauglichkeit alternativer Ansätze zur Abschätzung intergenerationaler Einkommenseffekte in den USA. Unter anderem konnte er aufzeigen, dass üblicherweise zur Verfügung stehende Steuerdaten keine angemessene Grundlage für die Bewertung solcher generationsübergreifender Effekte darstellen.

Das vollständige Workshop-Programm mit weiteren präsentierten Arbeiten ist online abrufbar:

▶ www.iza.org/link/inequality2015

IZA World of Labor: IZA-Preisträger Richard Freeman analysiert Digitalisierungstrends

Der Trend zur Digitalisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen droht die Arbeitskräfte der Zukunft erneut zu „Leibeigenen" der Maschinenbesitzer zu machen. Davor warnt Harvard-Ökonom *Richard Freeman* in einem Beitrag für „IZA World of Labor". Seine Lösung: Die Beschäftigten müssen in die Lage versetzt und ermutigt werden, Beteiligungen an den Unternehmen und ihren Technologien zu erwerben.

Richard Freeman

Bislang hat sich die Furcht vor dem technologischen Wandel stets als unbegründet herausgestellt. Es entstanden immer neue Arbeitsplätze und ganze Berufsbilder. Durch modernste Technologien gerieten künftig aber auch Hochqualifizierte zunehmend unter Druck, so Freeman. Damit die Arbeitnehmer von den Technologien profitieren, die sie zu ersetzen drohen, müssten sie deren Miteigentümer werden. Zugleich würde dies die Akzeptanz des Einsatzes von Robotern steigern, was zu einem produktiveren Miteinander von Mensch und Maschine führen würde. Davon würden auch die Unternehmen profitieren, ist Freeman überzeugt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse jede Nation die zu ihrer jeweiligen Wirtschaftskultur passende Strategie entwickeln. Beispielsweise könnten bestehende Modelle der Mitarbeiterbeteiligung ausgeweitet werden. Entlohnungsmodelle könnten mehr kapitalbezogene Elemente beinhalten, etwa in Form von Aktienoptionen oder vergünstigten Unternehmensanteilen. Die Gründung von Arbeitnehmerstiftungen ist für Freeman ebenso denkbar wie staatlich geförderte Modelle der Mitarbeiterbeteiligung. Solche Lösungen seien einer reinen Umverteilung über das Steuer- und Transfersystem vorzuziehen.

Der vollständige Artikel in englischer Sprache:

▶ http://wol.iza.org/articles/who-owns-the-robots-rules-the-world

IZA World of Labor
Evidence-based policy making

Das 2014 gestartete Online-Kompendium IZA World of Labor wächst kontinuierlich weiter. Inzwischen bieten bereits mehr als 150 Artikel Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine verlässliche Orientierung über den Stand der empirischen Forschung zu wichtigen Arbeitsmarktthemen.

▶ wol.iza.org

IZA World of Labor Policy Symposium in Tokio: Herausforderungen des demografischen Wandels

Die Folgen des demografischen Wandels sind in Japan mit seiner alternden Bevölkerung und seiner restriktiven Zuwanderungspolitik besonders heftig zu spüren. Nicht von ungefähr richtete das IZA daher in Tokio gemeinsam mit dem dortigen Research Institute of Economy, Trade and Industry (RIETI) ein Politiksymposium mit führenden japanischen und internationalen Forschern aus, um mögliche Arbeitsmarktreformen zur Förderung der Beschäftigung Älterer zu diskutieren.

In seiner Begrüßungsrede unterstrich RIETI-Präsident *Masahisa Fujita* die Bedeutung evidenzbasierter wissenschaftlicher Politikberatung, der sich IZA und RIETI gleichermaßen verpflichtet fühlen. *Alessio J.G. Brown*, Direktor Strategie und Forschungsmanagement am IZA, stellte in diesem Zusammenhang das Online-Kompendium IZA World of Labor vor.

David Neumark (University of California, Irvine and IZA) ging in seiner Rede auf die US-Gesetzgebung gegen Altersdiskriminierung ein, die zwar insgesamt die Jobchancen älterer Arbeitnehmer deutlich erhöht hat, sich jedoch während der jüngsten Krise als weitgehend wirkungslos erwies. Mit gesetzlichen Regelungen allein lässt sich das Problem der Altersdiskriminierung in den USA also offenbar nicht lösen.

Juan F. Jimeno (Banco de Espana) präsentierte am Beispiel der stärker regulierten europäischen Arbeitsmärkte verschiedene Politikansätze zur Förderung der Beschäftigung Älterer. Einen erhöhten Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer oder entsprechende Abfindungszahlen hielt er für weniger sinnvoll als ein „Experience Rating" in der Arbeitslosenversicherung nach US-Vorbild, bei dem sich die Höhe der Arbeitgeberbeiträge nach deren Entlassungshistorie richtet. Jimeno wandte sich im Übrigen gegen den weitverbreiteten und empirisch nicht belegbaren Irrglauben, dass ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben automatisch die Jobchancen von Berufseinsteigern steigere.

Ayako Kondo (Yokohama National University) referierte über die Beschäftigung Älterer in Japan und präsentierte aktuelle Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen japanischer Politikreformen. Die japanischen Gesetzesänderungen hatten Arbeitgeber verpflichtet, ihren Angestellten so lange einen Arbeitsplatz anzubieten, bis diese Anspruch auf volle Rentenauszahlung haben. Kondo hob hervor, dass die Löhne für diese Personengruppe als Folge solcher Gesetzgebung entsprechend zu sinken beginnen. Zudem machte sie deutlich, dass man sich auch in Japan im Lichte der schrumpfenden Bevölkerung künftig verstärkt mit dem Problem der noch zu geringen Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt beschäftigen müsse.

Im Rahmen einer intensiv geführten Diskussionsrunde wurde debattiert, welche Konsequenzen sich aus den internationalen Forschungsergebnissen für Japans Politik ergeben. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Beschäftigung im japanischen Kabinettsbüro und RIETI-Programmdirektor *Kotaro Tsuru* (Keio University) unterstrich die Notwendigkeit von Lohnanpassungen und plädierte dafür, die japanischen Arbeitsmarktstrukturen zu reformieren. An die Stelle bislang dominierender Jobs mit „unendlich" breitem Aufgabenspektrum müsse eine stärkere Differenzierung treten, die klar definierte und spezifische Verantwortlichkeiten beinhaltet.

Tsuru forderte darüber hinaus Reformgesetze, die die Segmentierung des Arbeitsmarktes reduzieren. Neben gezielten Anreizen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen wurden als Handlungsoptionen ein an der Berufserfahrung ausgerichtetes Niveau der Arbeitslosenunterstützung und eine Abschaffung des verpflichtenden Renteneintrittsalters vorgeschlagen.

Die Panelteilnehmer waren sich einig, dass das japanische Sozial- und Arbeitsmarktmodell im Hinblick auf den demografischen Wandel nicht mehr tragfähig sei und umfassender Modernisierungen bedürfe.

▶ http://wp.me/p3FhEb-Uu

30 Jahre Schengen-Abkommen: Idee der Freizügigkeit in Europa braucht neue Impulse

Am 14. Juni 1985 wurde im luxemburgischen Grenzort Schengen der Grundstein für einen schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen in Europa gelegt. Was damals ein epochaler Fortschritt war, gerät heute in der europäischen Diskussion unter Druck. Auch in Deutschland werden spätestens seit dem G7-Gipfel erneut Forderungen nach verstärkten Grenzkontrollen laut.

Vor diesen Hintergrund warnt IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* in einem Beitrag für das *Luxemburger Wort* vor einer Aushöhlung der Idee offener Grenzen in Europa: „Der Wegfall der Grenzkontrollen für Personen an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten ist das spürbarste Zeichen dafür, dass Europa enger zusammengerückt ist und auf dem Gedanken der Freizügigkeit seiner Bürger aufbaut. 30 Jahre später aber ist dieses auch ökonomisch so erfolgreiche Prinzip nicht mehr unumstritten. Im Gegenteil mehren sich die Stimmen, die neuen Kontrollen und Beschränkungen das Wort reden und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen."

Viele fürchteten die vermeintlichen wirtschaftlichen Gefahren der erreichten ökonomischen Integration, erklärt Zimmermann unter Verweis auf Debatten in Ländern wie Großbritannien oder der Schweiz. „Wir müssen aufpassen, dass ein fahrlässiger Umgang mit einem Kernprinzip Europas nicht eine gefährliche Eigendynamik entfaltet und letztlich die europäische Idee aufs Spiel setzt."

Es gebe nicht zu viel, sondern zu wenig Binnenmobilität auf dem Kontinent. Daher müssten noch vorhandene Mobilitätsbarrieren europaweit abgebaut werden, angefangen beim Sozial- und Steuerrecht bis zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen.

Zimmermann: „Europa braucht dringend neue Impulse, damit die Menschen dorthin gehen, wo sie Beschäftigung und eine wirtschaftliche Zukunft finden können". Für ein solches Programm für mehr Freizügigkeit solle Luxemburg, wenn es am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, den Anstoß geben.

Bereits vor rund einem Jahr hatten führende europäische Arbeitsökonomen in einer vom IZA initiierten gemeinsamen Erklärung ein Bündel von Maßnahmen gefordert, um die freie Arbeitsmobilität innerhalb der EU zu stärken.

▶ www.iza.org/link/wwb-manifesto

IZA Tower Talk mit Aiman Mazyek: Integration von Muslimen fördern

Wie profitiert Deutschlands Gesellschaft von Zuwanderung und wie können Muslime noch besser integriert werden? Über diese Fragen diskutierten IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, *Aiman Mazyek*, im Rahmen des 31. IZA Tower Talk am 27. Mai in Bonn. Es entwickelte sich eine lebhafte Debatte vor zahlreichen Gästen.

In seinem Vortrag verurteilte Mazyek den von PEGIDA und anderen Gruppierungen initiierten fremdenfeindlichen Diskurs und betonte die Diskrepanz zwischen falschen Wahrnehmungen und tatsächlicher Situation: Demnach seien gerade in den Regionen Deutschlands, in denen am wenigsten Muslime leben, Ablehnung und Angst vor Überfremdung am größten. „Der geschürte soziale Neid von PEGIDA baut auf Verdummungspropaganda auf", so Mazyek. Zuvor hatte auch Zimmermann in seiner thematischen Einleitung darauf hingewiesen, dass eine verbreitete Unkenntnis über den Islam Vorbehalten Vorschub leiste, während in Wirklichkeit die alltägliche Integration deutliche Fortschritte gemacht habe. So sei inzwischen das Bildungsniveau der Muslime mit dem anderer Religionsgruppen vergleichbar und auch die Arbeitsmarktteilhabe von Musliminnen nähere sich deren Niveau an. Zimmermann verwies auf den hohen Prozentsatz der bereits in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Muslime mit familiärem Migrationshintergrund und erläuterte, dass das niedrige Durchschnittsalter der Muslime sie – bei entsprechendem Integrationserfolg – zu potenziellen Leistungsträgern der Gesellschaft mache. Hier müsse die Integrationspolitik verstärkt ansetzen.

Mazyek ging in seinen Diskussionsbeiträgen und in Beantwortung zahlreicher Publikumsfragen auch auf die fatalen Auswirkungen islamistischer Terrorakte und die „Pervertierung des Islam" durch den IS und andere Terrorgruppen ein. Er appellierte an dieser Stelle an die Muslime in Europa, den Islamisten nicht die „Deutungshoheit über unsere Religion" zu überlassen.

In der von *Adelheid Feilcke* (Deutsche Welle) moderierten Diskussion hob Zimmermann die Bildungs- und Integrationserfolge von Muslimen in Deutschland hervor, machte aber zugleich deutlich, dass es weiterer Anstrengungen bedürfe, um verbreitet noch bestehende Defizite und Benachteiligungen aus dem Weg zu räumen. Mazyek verwies auf den generell positiven Saldo von Ausländern aus Beiträgen zu und Leistungen aus den öffentlichen Kassen. Fehlende Informationen über die „Realität der Muslime in Deutschland" machte er für die verbreiteten Vorbehalte verantwortlich.

Zum Abschluss der Diskussion machte Zimmermann deutlich, wie sehr die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft künftig auch auf muslimische Zuwanderer angewiesen sein wird. „Will Deutschland in der Welt eine Position haben, muss es qualifizierte Migranten aufnehmen, die Muslime noch besser integrieren und ihre Potenziale nutzen."

» Meinung

Die digitale Arbeitswelt

Klaus F. Zimmermann

Unsere Welt ist in Bewegung. Konzepte wie das „Internet der Dinge“, die „Industrie 4.0“ und die „Sharing Economy“ sind bei genauerer Betrachtung längst keine Zukunftsmusik mehr, sondern sie haben an vielen Stellen bereits Einzug in unseren Alltag und unsere Arbeitswelt gehalten. Diese Entwicklungen könnten jedoch nur die Vorboten von noch radikaleren Veränderungen sein. Werden wir gar Zeugen einer „digitalen Revolution“?

Über unsere Arbeitswelt der Zukunft können wir trefflich spekulieren. Meine Erfahrungen raten mir indes zur Vorsicht über die Geschwindigkeit der Änderungen unseres Lebensalltages: Es gab bereits vor zwanzig Jahren die Vorhersage einer raschen Dominanz der digitalen Welt und sogar von einem „Ende der Arbeit“, ohne dass sich dies bisher bewahrheitet hätte. Allerdings hat der technische Fortschritt eine gewaltige Gestaltungskraft.

Vor diesem Hintergrund erwarte ich, dass die Digitalisierung zu enormen Veränderungen führt. Es entsteht dadurch jedoch nicht weniger Arbeit, sondern es entwickeln sich andere Formen der Arbeit. So zeichnet sich zum Beispiel ab, dass eine formale Qualifikation nicht mehr das entscheidende Kriterium für ein zukunftssicheres Berufsbild ist. Neben Telefonverkäufern, Köchen und Packern sind zum Beispiel auch Taxi-Fahrer, Piloten und Richter davon bedroht, in den nächsten zwanzig Jahren ganz oder teilweise durch Maschinen, Roboter oder Computer ersetzt zu werden. Es sind also vor allem Berufe bedroht, in denen Präzision und Routine eine hohe Bedeutung haben. Hier sind Maschinen den Menschen überlegen.

Umgekehrt entstehen gleichzeitig neue Berufsfelder und es gewinnen Berufe an Bedeutung, die sich vor allem durch hohe Anforderungen in den Bereichen Kreativität, soziale Intelligenz und unternehmerisches Denken auszeichnen. Aus heutiger Sicht zählen dazu Ärzte, Lehrer und Psychologen – aber zum Beispiel auch Förster und Fitnesstrainer. Welche weiteren Berufsfelder sich daneben in Zukunft herausbilden, ist heute noch gar nicht realistisch abschätzbar.

Doch nicht nur Berufe wandeln sich. Mir erscheint es außerdem plausibel, dass sich neben den heute bekannten Erwerbsformen ein neuer Typus des „Arbeitnehmerselbständigen“ herausbildet. Er ist prinzipiell überall verfügbar und vereint die bestimmenden Merkmale der Erwerbsgesellschaft von morgen in sich, zu denen vernetztes Arbeiten, Denken und Handeln zählen. Diese Entwicklung geht einher mit einer allgemeinen Verlagerung von unternehmerischen Risiken auf Arbeitnehmer. So treten an die Stelle von Handlungsanweisungen zunehmend Zielvereinbarungen, strenge Hierarchien lösen sich auf und erfolgsabhängige Entlohnungen gewinnen an Bedeutung. Auch deshalb wird unternehmerisches Denken immer mehr zu einer Schlüsselkompetenz.

Wir stehen also vor erheblichen Umwälzungen, die den Einzelnen viel stärker fordern. Aber ein Blick in die Vergangenheit genügt, um Zuversicht zu verbreiten. Denn wenn die Geschichte der Arbeit eines zeigt, dann dies: Stets hat sie Innovationen, neue Produkte und neue Dienstleistungen hervorgebracht, mit denen veränderte Ansprüche und Erwartungshaltungen der Käufer und Nutzer erfüllt werden konnten. Der technische Fortschritt sorgt dafür, dass die Produktlebenszyklen kürzer und ganze Produktionszweige unrentabel werden, dass wir unsere Arbeitsweise immer öfter anpassen müssen, aber er stimuliert auch die Nachfrage nach Neuem und schafft so wiederum Arbeitsplätze, die er vorher an anderer Stelle zerstört hat.

Literaturhinweis:
Klaus F. Zimmermann, „Nur noch Roboter und Selbstausbeutung? Über die Herausforderungen und Chancen der neuen Welt der Arbeit“, IZA Standpunkte Nr. 80, http://ftp.iza.org/sp80.pdf

Institut zur Zukunft der Arbeit

Herausgeber:	Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Dr. Alessio J. G. Brown
Redaktion:	Holger Hinte, Mark Fallak
Adresse:	IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.:	+49 (0) 228 - 38 94 222
Fax:	+49 (0) 228 - 38 94 510
E-Mail:	compact@iza.org
Internet:	www.iza.org
Grafiken/Fotos:	IZA
Druck:	Güll GmbH, Lindau
Layout:	Benedikt Kliche, Lars Meierwisch

Das IZA ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Forschungsinstitut und wird von der Deutschen Post-Stiftung gefördert.